

URSULA RATZ

KARL KAUTSKY UND
DIE ABRÜSTUNGSKONTROVERSE IN DER
DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE 1911-12

*Dem Andenken
Werner Blumenbergs
gewidmet*

In seinem Anfang 1914 erschienenen Buch über den politischen Massenstreik betont Karl Kautsky, daß die Parteimehrheit, die seit 1899 stets gegen die „staatsmännische Ungeduld“ des rechten Flügels vorgehen mußte, sich seit dem Magdeburger Parteitag von 1910 fast ausschließlich gegen die „rebellische Ungeduld“ der äußersten Linken zu wenden hatte.¹ Damit liefert er ein bezeichnendes Stichwort der innerparteilichen Diskussion am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Die offizielle Ideologie der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, die zu Recht mit dem Namen ihres Schöpfers Kautsky etikettiert wird, konnte sich zwar als Element der Integration einer heterogenen Massenpartei im taktischen, organisatorischen und psychologischen Bereich bis 1914 unbestritten behaupten.² Insbesondere aber seit der preußischen Wahlrechtsbewegung hatte sie starke Belastungsproben zu bestehen, die von dem linken Parteiflügel ausgingen, der nun mit eigenständiger politischer Kraft und größerem Führungsanspruch auftrat. Der Attentismus des „marxistischen Zentrums“, das unter der theoretischen Führung Kautskys und der politischen Leitung Bebels das Bild der Gesamtpartei prägte, war für die in zahlreichen Nuancierungen sich herauskristallisierende Linke Anlaß zunehmender Unruhe und harter Angriffe. Die Debatten um die Marokkopolitik des Vorstandes dokumentieren dies eindrucksvoll. Die dazu parallel laufenden Bestrebungen eines Teils der Radikalen, die auf eine Re-

¹ K. Kautsky, *Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin 1914, S. 247.

² Vgl. E. Matthias, *Kautsky und der Kautskyanismus*, in: *Marxismusstudien*, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 151 ff.

organisierung der Parteileitung drängten, wurzelten im Boden derselben Kritik.¹

Der nachfolgende Beitrag, der die Diskussion um das Problem der internationalen Abrüstung verfolgt, die zwischen Kautsky und Vertretern der äußersten Linken ausgetragen wurde, skizziert einen zeitlich wie sachlich begrenzten Aspekt jener Auseinandersetzung, deren Grundakkorde Kautsky 1910 mit den Begriffen „Ermattungs“- und „Niederwerfungsstrategie“ angeschlagen hatte.² Gerade die Kontroverse um die Frage, ob die Befürwortung internationaler Rüstungsbeschränkung eine vertretbare Taktik zur Bekämpfung der imperialistischen „Weltpolitik“ sei, ließ die in der Partei längst vorhandenen Trennungslinien sichtbar werden. Wenn diese sich auch erst nach 1914 zu organisatorischen Scheidegrenzen entwickelten, so bildeten sie doch schon vor Kriegsausbruch Markierungspunkte für einen teils offen, teils latent existierenden Gegensatz im politischen Wollen.³

Die sozialdemokratische Fraktion hatte am 29.3.1909 von der Tribüne des Reichstages aus ihre Stimme für den Abschluß eines internationalen Abkommens zur Einschränkung der Flottenrüstungen erhoben.⁴ Genau zwei Jahre später – am 30.3.1911 – erweiterte sie diese Forderung in einem Antrag, der eine Verständigung über die

¹ Zusammenfassend dazu vgl. Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism*, Cambridge (Mass.) 1955, S. 197-223.

² Kautsky, a.a.O., S. 228ff.

³ Die zeitliche Beschränkung der Untersuchung auf die Jahre 1911 und 1912 geschieht nicht willkürlich. Die in den Debatten dieses Zeitraumes gesetzten Akzente blieben die gleichen bis in den Weltkrieg und die Parteispaltung hinein. Die Verhandlungen des Gründungsparteitags der USPD von 1917, bei denen zum Teil wörtlich auf das 1912 Gesagte zurückgegriffen wurde, verdeutlichen diese Kontinuität, s. Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha, Berlin 1921, S. 20f., 56-76 pass. (Ledebour, Haase, Kautsky als Verteidiger der Abrüstungs- und Schiedsgerichtsidee gegenüber Angriffen von seiten der Spartakusgruppe).

⁴ Die sozialdemokratische Resolution, die eine Reaktion auf die ablehnende Haltung der deutschen Regierung gegenüber informellen englischen Abrüstungs Sondierungen darstellte, hatte folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschliessen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unter Hinweis auf die, auch von der deutschen Regierung gebilligten Beschlüsse der Haager Konferenzen in den Jahren 1899 und 1907, die erforderlichen Schritte zu tun, um eine internationale Verständigung der Mächte zur gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen zur See, sowie zum Verzicht auf das Prisenrecht baldigst in die Wege zu leiten“, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags [Abk.: Sten. Ber. RT], Bd. 254 (Anlagen), No 1311, S. 7845. Von der Verquickung der Forderung nach einem Abkommen zur Beschränkung der Flottenrüstungen – an der vor allem England gelegen sei – mit dem Verlangen nach Beseitigung des Kaperechts, woran Deutschland ein besonderes Interesse habe, versprach sich die Fraktion eine Verbesserung der Aussichten für die Annahme der Resolution, Bd. 236, S. 7818-7825 (Ledebour in der Begründung des Antrages); s. auch G. Ledebour, *Die Einschränkung der Seerüstungen*, in: NZ, 27, 2 (1909), S. 99-106.

allgemeine Beschränkung der Rüstungen verlangte.¹ Das Zeichen für eine Erörterung dieser Frage innerhalb der Partei war gegeben. Es entwickelte sich hieraus in der sozialdemokratischen Presse eine heftige, allerdings befristete Polemik.² Die Abrüstungsgegner wie Paul Lensch,³ Anton Pannekoek und Karl Radek⁴ bedienten sich dabei vornehmlich der *Leipziger Volkszeitung* und der *Bremer Bürger-Zeitung*, während der *Vorwärts* und *Die Neue Zeit* vor allem den Standpunkt der Reichstagsfraktion verteidigten.

DIE ENTWICKLUNG DER GEGENSÄTZE

Den Auftakt gab ein Leitartikel der *Leipziger Volkszeitung* vom 31.3. 1911, der den Fraktionsantrag des Vortages als eine Utopie bezeichnete, da er vom Kapitalismus Maßnahmen verlange, „die innerhalb dieser Gesellschaftsordnung schlechterdings nicht durchführbar sind“.⁵ So wenig sich das bestehende Lohnsystem abschaffen lasse, so wenig könne das Wettrüsten beseitigt werden. Denn für den Kapitalismus, der auf den Weltkrieg hinarbeite, komme „weder ein Stillstand noch gar eine Einschränkung der Rüstungen in Frage“.⁶ Als einzige, dem Rüstungswahnsinn adäquate Haltung empfahl die *Leipziger Volkszeitung*, den Massen nachzuweisen, daß „nur der Sozialismus der Friede ist, der Kapitalismus aber Krieg“.⁷ Den gleichen Tenor zeigte ein Artikel der *Bremer Bürger-Zeitung* vom 1.4.1911, in dem der Fraktion bescheinigt wurde, daß sie mit ihrer Abrüstungsidee „auf dem

¹ Sten. Ber. RT, Bd. 278 (Anlagen), No 855, S. 4106-4107. Ebenso wie 1909 wurde auch diese Resolution, die Scheidemann vertrat (a.a.O., Bd. 266, S. 5978-5983), abgelehnt. Statt dessen entschied sich der Reichstag für einen unverbindlich formulierten Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, der die Initiative für Abrüstungsverhandlungen nicht von Deutschland verlangte, sondern sie den europäischen Mächten überließ.

² Der Versuch K. Radeks, schon im Anschluß an die Abrüstungsdebatte auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen eine Diskussion in Gang zu setzen, schlug fehl; s. Kritisches über Kopenhagen, in: *Leipziger Volkszeitung* [Abk.: LVZ], No 214 und 215 vom 15. u. 16.9.1910. Die Autorschaft Radeks ist sichergestellt durch einen Brief Lenins an Radek vom 30.9.1910, s. W. I. Lenin, Werke, Bd. 36, Berlin 1962, S. 146f. Ferner vgl. Falsche Waffen im Kampfe gegen den Imperialismus, in: *Bremer Bürger-Zeitung* [Abk.: BBZ], No 218, 17.9.1910, 3. Beilage.

³ Bis 1913 Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung.

⁴ Beide damals Vertreter der Bremer Linken.

⁵ *Praktische Politik?*, in: LVZ, No 75. Für Lensch als Verfasser dieses Artikels sprechen Hinweise in späteren Repliken.

⁶ Ebd. Zu diesem Vergleich bemerkte Kautsky in der NZ (*Praktische Wahlagitation*, 29,2 (1911), S. 36), daß der Bau von Dreadnoughts auf Parlamentsbeschlüsse zurückgehe, das Lohnsystem dagegen nicht. Trotzdem lasse sich das Lohnsystem schon heute gesetzlich einschränken: „Was dem Achtstundentag recht, ist der Abrüstung billig.“

⁷ LVZ, ebd.

Holzwege" wandle.¹ Nach Meinung des Verfassers konnte nur eine „illusionäre Auffassung des Kapitalismus, des Militarismus und des Wesens der auswärtigen Politik" dazu führen, daß die Partei nach einer solchen Forderung griff. Der Kapitalismus – so erläuterte er diesen Gedankengang – bedürfe der internationalen Rüstungen zur Eroberung neuer Märkte; der Militarismus, der die Tendenz zu fort-dauerndem Wachstum besitze, lasse sich durch keinen Parlamentsbeschuß eindämmen; die Eigenart kapitalistischer Außenpolitik schließlich mache eine allgemeine Regulierung und Fixierung der zwischenstaatlichen Beziehungen unmöglich.²

Damit war das Leitmotiv für das Abrüstungsthema gegeben, das Radek, Lensch und Pannekoek – mannigfach variiert – in fast allen ihren Artikeln umspielten.³ Der Hinweis auf die Aussichtslosigkeit, die Rüstungsbeschränkung innerhalb des bestehenden Mächtesystems durchzuführen, diene ihnen dabei zur Erhärtung ihrer Argumente. Die prinzipiellen Einwände gegen die Abrüstungsforderung erregten die Parteipublikum zunächst weit weniger als die Kritik, die an dem Vorgehen der Fraktion geübt worden war. Denn der Vorwurf, daß die Fraktion sensationellen Augenblickserfolgen größeres Gewicht beimesse als der grundsätzlichen Aufklärung der Massen,⁴ wog schwer. Man sah darin nicht nur eine Schwächung der aktuellen politischen Bestrebungen, sondern eine Diskreditierung der parlamentarischen Tätigkeit überhaupt. In den Chor der Entrüstung stimmten deshalb all jene ein, die eine Bedrohung der bewährten Parteitaktik befürchteten.⁵ Als Verteidiger der Reichstagsfraktion und der Abrüstungslosung wies Georg Ledebour⁶ im *Vorwärts* darauf hin⁷, daß

¹ Auf dem Holzwege, in: BBZ, No 78, 1.4.1911; mutmaßlicher Verfasser – K. Radek.

² Ebda.

³ K. R[adek], Die Sozialdemokratie und die Kriegsrüstungen I u. II, in: BBZ, No 81 u. 82, 5. u. 6.4.1911 (= LVZ, 8. u. 11.4.11); A. P[annekoek], Abrüstungsfragen, in: BBZ, No 84, 8.4.1911, 4. Beilage (= LVZ, 8.4.11); K. Radek, Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung I bis IV, in: BBZ, No 88 bis 91, 13., 15., 18. u. 19.4.1911; Zur Frage der Rüstungsbeschränkung, in: LVZ, 10., 11. u. 12.4.1911.

⁴ Vgl. Auf dem Holzwege, in: BBZ, a.a.O.; auch K. Radek, Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung IV, in: BBZ, No 91, 19.4.1911.

⁵ Zum Echo in der Parteipresse s. Die Konsequenzen, in: BBZ, No 94, 22.4.1911.

⁶ Nicht nur in zahlreichen Reden und Artikeln hatte sich Ledebour für die Abrüstungs-idee exponiert, sondern auch auf dem Kopenhagener Kongreß in der dort eingesetzten Abrüstungs- und Friedenskommission die Haltung der Reichstagsfraktion gegen heftige Anwürfe Radeks verteidigt, s. die Berichte vom Internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen in: Vorwärts, No 202, 30.8.1910, 1. Beilage; No 204, 1.9.1910, 1. Beilage. Ferner: Sten. Ber. RT, Bd. 260, S.1826-1830 (Rede v. 7.3.1910); Bd. 285, S. 2108-2110 (Rede v. 18.5.1912); Vorwärts, No 154, 5.7.1910, 1. Beilage (Rede Ledebours in der Berliner Verbands-Generalversammlung); Ledebour, Eine parlamentarische Improvisation, in: NZ, 30,2 (1912), S. 537-541.

⁷ Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung, in: Vorwärts, No 82 und 84, 6. u. 8.4.1911, 1. Beilage. Der Vorwärts hatte sich von Anfang an auf die Seite der Fraktion gestellt, s. No 75, 30.3.1909.

die im Frühjahr 1911 vom englischen Unterhaus und der französischen Deputiertenkammer ausgesprochene Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen¹ ein positives parlamentarisches Eingreifen der deutschen Sozialdemokratie – ebenso wie zwei Jahre zuvor – notwendig gemacht habe. Außerdem stand der Fraktionsvorstoß im Einklang mit den vom Kopenhagener Kongreß aufgestellten Richtlinien zur Bekämpfung des Wettübens.² „Unsere Freunde in Leipzig und Bremen“ – so konstatierte Ledebour – ließen sich blenden „durch die zweifellos gewaltigen Kräfte und Strömungen innerhalb des Kapitalismus“ und würdigten nicht genügend „die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sich gleichfalls stetig entwickelnden Gegenkräfte und Gegenströmungen, die für den Frieden und damit für die Rüstungsbeschränkung wirken“.³ Zu den Gegenkräften zählte Ledebour das an Zahl, Organisationsfähigkeit, an Klassenbewußtsein und somit an tatsächlicher Macht wachsende Proletariat. Friedlich orientiert sei auch das den In- und Auslandsmarkt mit Gebrauchsartikeln versorgende Industrie- sowie das Handelskapital. Schließlich steuere die zunehmend Europa bedrohende amerikanische Konkurrenz „auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas und damit auf die Verminderung der produktionslähmenden Rüstungen“ hin. Kurz – „es sind so viele und so starke kriegsgegnerische Tendenzen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst am Werke, daß der Kapitalismus als restlos kriegerisch in seinem Gesamtwirken nicht mehr angesprochen werden kann.“⁴

Die Ähnlichkeit der hier angeführten Gedanken Ledebours mit den Argumenten, die Kautsky später zugunsten der Abrüstungslosung in die Diskussion brachte, ist auffallend groß. Zunächst allerdings beschränkte sich Kautsky darauf, hauptsächlich die „politischen“ Faktoren, die für die Abrüstungsidee sprachen, herauszustellen und das Vorgehen der Sozialdemokratie im Reichstag mit dem Gewicht seiner Autorität abzustützen. Für Kautsky war die Forderung einer inter-

¹ Diese Beschlüsse und ihre positive Bewertung in: Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907-1911. Hrsg. vom Vorstande der Soziald. Partei, Berlin 1911, S. 54ff.

² Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910, Berlin 1910, S. 34f.

³ Vorwärts, 6.4.1911, a.a.O.

⁴ Vorwärts, 8.4.1911, a.a.O. Die Ansicht, daß die allgemeine weltwirtschaftliche Verflechtung des Kapitals ein kriegshemmendes Moment darstelle, wurde auch von Bebel (s. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. Sept. 1911, Berlin 1911 [Abk.: SPD-PTP 1911], S. 345 – Marokkoreferat) und Haase (Protokoll... des Parteitages der SPD. Abgehalten in Chemnitz v. 15. bis 21. Sept. 1912, Berlin 1912 [Abk.: SPD-PTP 1912], S. 411f.) geteilt.

nationalen Rüstungsbeschränkung sowohl realisierbar wie notwendig in einer Situation, in der paradoxerweise Friedensliebe und Kriegsgefahr parallel zueinander anwachsen. Denn einerseits weckten die anschwellenden Rüstungslasten und die Furcht, die Folgen eines kommenden Krieges könnten das Maß des rational Vorstellbaren übersteigen, die Friedenssehnsucht bei allen Bevölkerungsschichten. Andererseits aber verstärkten die Regierungen das Wettrüsten, um im Konfliktfall das Gesetz des Handelns diktieren zu können. Diese Entwicklung sah Kautsky durch eine andere gegensätzliche Bewegung unterstützt: Die Angst der herrschenden Klassen vor dem „immer machtvoller anwachsenden Proletariat“ und der sozialen Revolution, in der ein Krieg „naturnotwendig“ enden müsse, begünstigten Friedens- und Abrüstungsbestrebungen breiter Bevölkerungsgruppen. Dagegen ermuntere dieselbe Furcht zugleich den Kriegswillen der Regierungen, die stets vom inneren Feind durch auswärtige Verwicklungen abzulenken versuchten.¹ In der bürgerlichen Gesellschaft liefen demnach friedliche und kriegerische Stimmungen dicht nebeneinander her. Indem Kautsky zwischen kriegslüsternden Kreisen und der „gegen den Krieg und das Wettrüsten gerichteten Bewegung des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie“² differenzierte, konnte er der Abrüstungsbewegung eine reale Chance einräumen. Gleichzeitig gab er die taktische Verhaltensregel, die Interessengemeinschaft der „weiterblickenden oder durch die Rüstungen besonders gefährdeten Teile der bürgerlichen Klassen“ und des Proletariats zu einem Pro-tempore-Zusammengehen in der Abrüstungsfrage auszunutzen.³

Die äußere Lage für ein Abkommen zur Rüstungsbeschränkung hielt Kautsky seit 1909 für besonders günstig: England und Frankreich, deren Bevölkerung im Verhältnis zu der Deutschlands nur langsam oder kaum mehr zunehme, sähen sich veranlaßt, ihr Mannschaftsdefizit bei Heer und Flotte durch Fortschritte auf dem Gebiet der Technik auszugleichen. Dies führe zu einer gewaltigen Steigerung der Steuerlasten, die sowohl die Masse des Volkes, dessen Selbstbewußtsein durch zahlreiche Revolutionen der letzten Jahrhunderte gewachsen sei, als auch die besitzenden Klassen, die um ihre Profite bangten, zunehmend gegen ihre Regierungen „rebellisch“ mache. Nach Ansicht Kautskys bedurften England wie Frankreich „dringend

¹ Kautsky, Krieg und Frieden. Betrachtungen zur Maifeier, in: NZ, 29,2 (1911), S. 99ff.

² A.a.O., S. 101.

³ Kautsky, Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus, in: NZ, 30,2 (1912), S. 105. Es ist bezeichnend für die von Kautsky vertretene Abstinenzpolitik, daß er in dem Moment, in dem er in Polemik gegen links für eine flexiblere Taktik eintritt, sich zugleich gegenüber allzu großen Erwartungen von rechts absichert und „die Politik des Entgegenkommens, der dauernden Arbeitsgemeinschaft in einem Block oder gar des Ministerialismus“ rundweg ablehnt, a.a.O., S. 104.

eines Abkommens mit Deutschland zur Einstellung der Rüstungen“, und sie würden Deutschland, solange es noch nicht übermächtig geworden sei, zur Abrüstung zwingen – selbst auf das Risiko eines Krieges hin.¹

In seinem Mai-Artikel von 1911 hatte Kautsky dem möglichen Vorwurf vorgebeugt, mit seinem Engagement für die Abrüstungslosung ins Fahrwasser bürgerlicher Friedensschwärmer abgeglitten zu sein. Die Sozialdemokraten unterschieden sich von den kleinbürgerlichen Illusionären vor allem dadurch, daß sie sich nicht auf Schiedsgerichte und Abrüstung als „einzigen Forderungen zur Sicherung des Friedens“ beschränkten.² Unter die wirksameren kriegshemmenden Aktionen und Mittel rechnete Kautsky die stets erfolgte Verweigerung des Militärbudgets und die „kraftvolle und ausgedehnte sozialistische Tagespresse“. Gerade die deutsche Partei verfüge mit ihrer Presse über ein wichtiges Medium zur Verhinderung kriegerischer Stimmungen im Innern wie im Ausland.³ Den einzigen Weg zur Vermeidung aller kriegerischen Konflikte sah Kautsky allerdings in der Herstellung der „Vereinigten Staaten von Europa“, einer „Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer“.⁴ Diese Vereinigten Staaten, die jedoch nur das Produkt der sozialen Revolution sein könnten, besäßen dann eine solche Übermacht, daß sie alle übrigen Nationen zur Auflösung ihrer Armeen und Flotten zwingen würden. Damit erübrigten sich nicht nur weitere Rüstungen, jegliche Mittel der Verteidigung, ja das Milizsystem selbst, sondern auch die „Palliativmittelchen der Schiedsgerichte und Rüstungsbeschränkungen“.⁵

¹ Kautsky, *Nochmals die Abrüstung*, in: NZ, 30,2 (1912), S. 848; id., *Praktische Wahl-agitation*, in: NZ, 29,2 (1911), S. 36; id., *Sozialdemokratische Finanzreform*, in: NZ, 27,2 (1909), S. 231f. Ähnliche Argumente hatte auch J. Karski-Marchlewski dem kategorischen Nein aus Leipzig entgegengehalten, s. [Karski], *Praktische Politik*, in: LVZ, No 77, 3.4.1911. Karski verwahrte sich aber dagegen, daß Radek ihn wegen seiner positiven Haltung in der Abrüstungsfrage zum Verteidiger der Reichstagsfraktion stempelte, s. J. Karski, *Ernste Fragen und nichtige Eitelkeiten*, in: BBZ, No 85, 10.4.1911.

² Kautsky, *Krieg und Frieden*, in: NZ, 29,2, S. 102. Auch Karski hatte in der LVZ (s.o.) betont, daß die kapitalistische Friedenspolitik dem Proletariat weder ein Ziel sei, noch seinen Interessen widerspreche. – Es bleibt unerfindlich, wie man angesichts der weitgehenden Übereinstimmung Karskis und Kautskys in der Abrüstungsdebatte von 1911 zu der Vermutung kommen kann, daß diese eine der Ursachen des Ende 1912 erfolgten Bruches zwischen beiden darstelle, so H. Schumacher, *Sie nannten ihn Karski. Das revolutionäre Wirken Julian Marchlewskis in der deutschen Arbeiterbewegung 1896 bis 1919*, Berlin 1964, S. 118.

³ Kautsky, a.a.O., S. 102f.

⁴ A.a.O., S. 105.

⁵ A.a.O., S. 106-107.

Kautskys Ruf nach einem wirtschaftlich und politisch geeinten, von jeder nationalstaatlichen Beschränktheit befreiten europäischen Gemeinwesen¹ als sicherem Garanten für den Weltfrieden war eine dürftige Hilfe für die Abrüstungsbemühungen der Partei. In einer Situation, die konkrete Vorschläge für die Verwirklichung solcher Bestrebungen nötig machte, mußte Kautskys Flucht aus der häßlichen Wirklichkeit in die sozialistische Zukunft eher wie eine Verlegenheitsgeste wirken.² Dagegen bot sein Konföderationskonzept an sich wenig Stoff für eine Polemik. Wenn Kautsky deswegen dennoch zur Rechenschaft gezogen wurde, so verdankte er dies einem anderen Umstand. Fast zur selben Zeit hatte Ledebour im Reichstag in Verbindung mit der Abrüstungsfrage ebenfalls den Gedanken der Vereinigten Staaten Europas forciert. Allerdings wichen seine Äußerungen teilweise von denen Kautskys ab und gaben in einigen Formulierungen zu Mißdeutungen Anlaß. Ledebour hatte seine außenpolitischen Darlegungen mit einem Appell an die europäischen Regierungen verbunden, in ihrem eigenen Interesse auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas durch Abkehr von agrarischer Schutzzollpolitik, Beseitigung aller Zollschränken und Einschränkung der die industrielle Entwicklung hemmenden Rüstungsausgaben hinzuwirken. Zwar glaubte er, daß diese wirtschaftliche Einigung – die auf politischem und kulturellem Gebiet ihre Ergänzung finden sollte – mit Sicherheit erst in der Ära des Sozialismus stattfinden werde. Dennoch gab er der Vereinigung der europäischen Staaten schon unter dem Kapitalismus eine reale Chance.³ Den wirtschaftlichen Zusammenschluß hielt Ledebour sogar im Rahmen der kapitalistischen Weiterentwicklung für unumgänglich, wenn Europa gegenüber Amerika auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wolle.⁴

Eine solche Akzentuierung ließ bei der *Leipziger Volkszeitung* den Verdacht aufkommen, es werde hier einem europäischen Zollverein mit antiamerikanischer Spitze das Wort geredet. Sie goß diese Ver-

¹ Kautsky (a.a.O., S. 107) erweiterte dieses Zukunftsbild von den Vereinigten Staaten von Europa zu einer Vision von den „Vereinigten Staaten der zivilisierten Welt“: „Was die Kantone heute für die Schweiz sind, werden dann die heutigen Nationen für den Zukunftsstaat sein.“

² Vgl. K. Radek, Um eine verlorene Position, in: BBZ, No 99, 28.4.1911.

³ Sten. Ber. RT, Bd. 266, S. 6139–6143 (Rede vom 3.4.1911). Allzu großen Optimismus in dieser Richtung dämpfte Ledebour, indem er betonte, daß diese Vereinigung „selbstverständlich nicht aus einzelnen monarchischen Kleinstaaten“ hervorgehen könne, a.a.O., S. 6143.

⁴ Ähnlich Parvus, Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch, Leipzig 1907, S. 21 ff. und pass. Parvus hatte die aus der modernen kapitalistischen Entwicklung gewonnene Erkenntnis, daß die industrielle Zukunft Amerika und Rußland gehöre, zur Forderung nach einem wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß Europas verschmolzen, der sich unter dem Zeichen von Demokratie und Freihandel vollziehen sollte.

mutung in die Form einer Polemik, die sich zugleich auch an die Adresse Kautskys wandte wegen der von ihm „unvermutet entwickel[t]e[n] Idee von den Vereinigten Staaten Europas“.¹ Für Rosa Luxemburg, die die Abrüstungsdiskussion in der von der *Leipziger Volkszeitung* gesteuerten Richtung weiterspann,² war der Gedanke der Föderation europäischer Kulturstaaten offensichtlich reaktionär. Er richte sich offen oder versteckt gegen die „gelbe Gefahr“, gegen den „schwarzen Erdteil“ und die „minderwertigen“ Rassen, die der Imperialismus als koloniale Arbeitskräfte ausnutze.³ Kautsky befand sich in einer wenig beneidenswerten Lage: Er mußte einerseits Ledebours Äußerungen vor Mißdeutungen in Schutz nehmen,⁴ andererseits seine eigenen Ausführungen über die Vereinigten Staaten Europas aus der Sphäre der Anfechtbarkeit rücken. So apostrophierte er diesen Zusammenschluß ausdrücklich als ein postrevolutionäres Ergebnis und verwahrte sich gegen die Fusion zweier Anschauungen. Seine Idee von der Schaffung eines europäischen Staatenbundes als „sicherste[r] Bürgschaft des Weltfriedens“ habe mit dem Gedanken eines mitteleuropäischen Zollvereins nichts gemein.⁵ Damit schloß er die Debatte über diese Frage. Sehen wir recht, so lebte diese Zukunftsvision Kautskys wenig später in einem neuen, auf die kapitalistische Gegenwart zugeschnittenen Gewande wieder auf: in seinem 1912 entwickelten Konzept einer europäischen Staatenallianz zur friedlichen Ausbeutung der Erde.

Alle weiteren, gegen seine Person gerichteten Angriffe der *Leipziger*

¹ Siehe LVZ vom 7.5.1911, in: NZ, 29,2 (1911), S. 248 und 276. Die LVZ brachte Ledebours Äußerungen – zu Unrecht – in direkte Verbindung mit der 1898 von Richard Calwer vorgetragenen Idee eines mitteleuropäischen Zollbundes mit antiamerikanischem Effekt; vgl. dazu die ablehnende Stellungnahme Ledebours auf dem Mainzer Parteitag, Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mainz v. 17.-21. Sept. 1900, Berlin 1900, S. 196.

² R. Luxemburg bezeichnete alle Ansätze zu einer internationalen Abrüstung als diplomatische Friedensmacher. Der Militarismus sei mit der Kolonial-, Zoll- und Weltpolitik so eng verknüpft, daß die heutigen Staaten, wollten sie ernstlich dem Wettrüsten Einhalt gebieten, „damit anfangen müßten, handelspolitisch abzurüsten, koloniale Raubzüge ebenso wie die Politik der Interessensphären in allen Weltteilen aufzugeben, mit einem Wort, in der äußeren und inneren Politik das direkte Gegenteil von dem zu tun, was das Wesen der heutigen Politik eines kapitalistischen Klassenstaates ist“, zit. n. P. Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Paris 1939, S. 170.

³ LVZ, 8.5.1911, zit. b. K. Mandelbaum, Die Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895-1914), Frankfurt/M. [1929], S. 48.

⁴ S. NZ, 29,2, S. 248 und 276f.

⁵ So Kautsky in seiner im November 1911 erschienenen zweiten umgearbeiteten Auflage von Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen, Berlin 1911, S. 92f.; s. auch Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der USPD, S. 63f. und 76.

Volkszeitung ignorierte Kautsky damals. In der Kritik, die ihn selbst und die Reichstagsfraktion getroffen hatte, sah er das Symptom eines Mißtrauens gegen jede praktische Tagespolitik, „das nur zu erklären ist als Gegenwirkung gegen manche vom Revisionismus empfohlene Formen praktischen Wirkens“.¹ Kautskys parteiväterlicher Rat an die „jüngeren Marxisten“ in Leipzig und Bremen hieß, sich nicht aus einem „Übermaß nach rechts zu einem Übermaß nach links verleiten“ zu lassen, wie es in Frankreich geschah, als „dem Ministerialismus der Syndikalismus entgegengesetzt wurde“.² Im übrigen wies Kautsky 1911 jedes weitere polemische Engagement in der Abrüstungsangelegenheit zurück, da die „Diskutierung dieser Frage unnütz und unzweckmäßig ist und höchstens dem Zweck dienen kann, einen ganz überflüssigen und unzeitgemäßen Parteikrakehl unmittelbar vor den Wahlen zu entfesseln.“³ Er gestand zu, daß konträre Auffassungen in der Internationale über die Frage der Sicherung des Weltfriedens, der Abrüstung⁴ und der staatlichen Gestaltung existierten, versuchte jedoch die in dieser Hinsicht in der deutschen Partei aufgetretenen Meinungsdivergenzen so darzustellen, als liege ihnen kein prinzipieller oder theoretischer Gegensatz zugrunde.⁵

Die harten Debatten über die Marokkopolitik des Parteivorstandes⁶ in deren Verlauf die Richtungsfronten zwischen dem Parteizentrum und dem linken Flügel⁷ erneut und mit aller Schärfe aufgebrochen waren, hatten gezeigt, daß das von Kautsky im Interesse der Inte-

¹ Kautsky, *Praktische Wahlagitation*, NZ, 29,2, S. 36.

² Ebd.

³ Brief Kautskys an Radek, 20.4.1911 (Kautsky-Archiv G 6, IISG). Ähnlich schrieb Luise Kautsky an P. B. Aksel'rod, 12.6.1911: „...Er [Kautsky] hat jetzt jede Polemik absichtlich vermieden, obwohl ihm dieselbe durch die Leipziger *Volkszeitung* förmlich aufgedrängt wurde. Aber er hätte sich dabei sicher wieder sehr aufgeregt, und diese Abrüstungsdebatte lohnte es wirklich nicht, ein Stück Nervenkraft einzubüßen. So ließ er sich denn bewegen, auf die Polemik zu verzichten“ (Aksel'rod-Archiv, IISG).

⁴ Die Extreme der Meinungsdivergenzen in der Internationale, die allerdings jeweils nur von Minoritäten repräsentiert wurden, reichten von der Unterstützung nationaler Rüstungspolitik durch die Gruppe um Hyndman in England (s. dazu vor allem Kautsky, *Sozialisten und Krieg*, Prag 1937, S. 398) bis zu anarcho-syndikalistischen Empfehlungen in der Spielart des Hervéismus.

⁵ Kautsky, *Der zweite Parteitag von Jena*, in: NZ, 29,2, S. 876f.

⁶ Dazu vor allem: SPD-PTP 1911, S. 204-270, und das Echo in der LVZ und im Vorwärts (bes. die kritischen Stellungnahmen der Berliner Wahlkreise, Vorwärts, No 227, 28.9.1911, 1. Beilage).

⁷ Wie sehr die Linke ein heterogenes, mannigfach schattiertes und mit den jeweiligen Situationen fluktuierendes Gebilde war, zeigte sich gerade in den damaligen Auseinandersetzungen, als sich von der Parteimitte heraus ein linkes Zentrum abspaltete, das zeitweilig mit der radikalen Linken zusammenging. Zur Darstellung der Frontenbildung s. bes. Schorske, a.a.O., S. 213 ff., u. G. Kotowski, Friedrich Ebert. Eine politische Biographie, Band 1, Wiesbaden 1963, S. 25 f. und 183 ff.

grationstaktik entworfene Bild der Auffassungsharmonie sehr wenig mit der innerparteilichen Wirklichkeit übereinstimmte. Wegen seiner Haltung in der Abrüstungsfrage mußte Kautsky eine nota censoria der *Leipziger Volkszeitung* einstecken,¹ die als Beispiel der vom Parteivorstand praktizierten und durch Kautsky theoretisch gestützten² Defensivtaktik angeführt wurde. Mit gewisser Genugtuung konstatierte man in Leipzig, daß Bebel auf dem Jenaer Parteitag besonders wegen des Verhaltens von England in der Marokkokrise dem Abrüstungsgedanken weniger reale Chancen gab als noch einige Monate zuvor.³

Die zum Problem der Abrüstung aufgetauchten Meinungsdivergenzen wurden offenkundig, als die neuen Wehrvorlagen der Regierung im Frühjahr 1912 und die seit dem Marokkokonflikt und dem Tripolis-krieg verschärfte außenpolitische Situation erneut der Partei eine Stellungnahme abforderten. Die vom Parteivorstand bei den Reichstagswahlen von 1912 in dem „Dämpfungsabkommen“ angewandte „neue Taktik“ und ein in den Bereich der Möglichkeit gerücktes sozialdemokratisches Zusammenspiel mit der Fortschrittspartei – wofür Kautskys optimistische Einschätzung des „neuen“, mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Liberalismus⁴ als theoretische Grundsteinlegung gewertet werden konnte – stießen bei der Parteilinken auf harte Kritik und Ablehnung.⁵ Das Drängen nach revolutionärer Taktik, vor allem der Ruf nach Massenaktionen verstärkte sich.⁶

¹ Jena, in: LVZ, No 209, 9.9.1911; als Verfasser kommt Lensch in Frage (vgl. SPD-PTP 1911, S. 222).

² Das vom PV herausgegebene, anonym erschienene, von Kautsky verfaßte Marokko-flugblatt „Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie“, das die wesentlichen Gedanken der von Kautsky seit 1912 (s.u.) entwickelten Imperialismustheorie wiedergibt, wurde als das Muster parteioffiziöser Defensivpraxis interpretiert, s. R. L[uxemburg], Unser Marokko-Flugblatt, in: LVZ, No 197, 26.8.1911; SPD-PTP 1911, S. 193f., 207; Kautsky, Eine Musterkritik, in: LVZ, No 200, 30.8.1911, 3. Beilage.

³ Die Marokkopolitik auf dem Parteitag, in: LVZ, No 214, 15.9.1911. Bebel, der noch im Frühjahr 1911 die Abrüstung als aktuell bezeichnet hatte (s. Die Rede Bebels, in: Vorwärts, No 76, 30.3.1911, 1. Beilage), erklärte in Jena (SPD-PTP 1911, S. 171): „Nicht Abrüstung heißt künftig für das bürgerliche Europa die Losung, sondern Aufrüstung zu Wasser und zu Lande.“

⁴ Kautsky, Der neue Liberalismus und der neue Mittelstand, in: Vorwärts, No 47, 25.2.1912, 1. Beilage; id., Unser Stichwahlabkommen, in: Vorwärts, No 54, 55 und 56 (5., 6., 7.3.1912), 1. Beilage.

⁵ Vgl. die Kritiken in der „radikalen“ Presse, zit. b. M. Schippel, Die neuesten Verstöße unserer Impossibilisten, in: SM, 18,1 (1912), S. 280–84; ferner die Diskussion um das Stichwahlabkommen in der Berliner Verbands-Generalversammlung, in: Vorwärts, No 78, 2.4.1912, 1. Beilage.

⁶ Symptomatisch dafür A. Pannekoek mit der Artikel-Serie Massenaktion und Revolution, in: NZ, 30,2 (1912), S. 541–550, 585–593, 609–616; dagegen Kautsky, Die neue Taktik, a.a.O., S. 654–664, 688–698, 723–733; vgl. auch: Kautsky, Die Aktion der Masse, in: NZ, 30,1 (1911/12) S. 43–49, 77–84, 106–117.

DER IDEOLOGISCHE GEGENSATZ

Paul Lensch gab den Anstoß für eine erneute Diskussion des Abrüstungsthemas, die sich vom April 1912 bis über die Erörterung des Imperialismusproblems auf dem Chemnitzer Parteitag hinaus erstreckte. Mit scharfen Strichen umriß er – in Anlehnung an frühere Äußerungen – die Konturen der „Weltpolitik“: Die neue Phase des Militarismus und Marinismus zeige deutlich den unlöslichen Zusammenhang zwischen dem internationalen Wettrüsten und der gegenwärtigen imperialistischen Epoche. In dem Streit der übersättigten Großmächte um die letzten noch nicht mit Beschlag belegten Absatzzonen stelle das Rüstungswettrennen die „handgreiflichste Begleiterscheinung“ dar. Da die kapitalistischen Staaten stets nach neuen Verwertungsgebieten für ihre Kapitalüberschüsse suchen müßten – um „in ihrem Fett nicht [zu] ersticken“ – sei das Rüsten mit seiner ungeheuren Vergeudung von Produktivkräften unentbehrlich geworden. Das Anschwellen der Militärausgaben der letzten zehn Jahre wertete Lensch als einen Beweis dafür, „wie stark bereits die Schwierigkeiten sind, die sich aus dem Gegensatz zwischen der aufs äußerste gesteigerten Produktivkraft der Arbeit und den immer enger werdenden Verwertungsgebieten der überschüssigen Kapitalien ergeben“.¹

Das für die Abrüstungskontroverse² entscheidende Ergebnis der von Lensch entwickelten und im wesentlichen von Radek und Pannekoek geteilten Imperialismusanalyse³ war die Behauptung, daß das

¹ P. Lensch, *Miliz und Abrüstung*, in: NZ, 30,2, S. 771; *Eine Improvisation*, a.a.O., S. 365; *Die neuen Wehrvorlagen*, a.a.O., S. 73f.

² Die Abrüstungsdebatte ist ein wesentliches Teilstück der Imperialismuskonzeption in der SPD vor 1914. Eine ausführliche, auf Archivalien gestützte Darstellung hierüber steht noch aus. Von den bisher dazu erschienenen Untersuchungen kommen für unsere Fragestellung in Betracht: K. Mandelbaum, *Die Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895-1914)*, Frankfurt/M. [1929], bes. S. 32ff.; W. Gottschalch, *Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding*, Berlin 1962, S. 86ff.

³ Für Radek s. *Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse*, in: *In den Reihen der deutschen Revolution 1909-1919. Gesammelte Aufsätze und Abhandlungen von Karl Radek* [Abk.: *In den Reihen*], München 1921, S. 48-155; *Unser Kampf gegen den Imperialismus*, a.a.O., S. 156-176; *Wege und Mittel im Kampfe gegen den Imperialismus*, a.a.O., S. 177-207. Für Pannekoek s. *Massenaktion und Revolution*, in: NZ, 30,2, S. 541ff.; *Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik*, in: NZ, 31,1 (1912/13), bes. S. 369f.; *Deckungsfrage und Imperialismus*, in: NZ, 32,1 (1913/14), S. 110-116; SPD-PTP 1912, S. 421f. (Imperialismusdebatte). Die Gemeinsamkeit der damals von der SPD-Linken entworfenen Imperialismustheorien besteht vor allem in der Charakterisierung des Imperialismus als immanenter Notwendigkeit für die Weiterentwicklung des Kapitalismus. In der Begründung dieser Notwendigkeit (Unvermeidbarkeit) gingen die Meinungen zum Teil extrem auseinander. Zur Charakterisierung einiger wesentlicher Unterscheidungsmerkmale vgl. Gottschalch, a.a.O., S. 92-148 pass.; zu R. Luxemburgs Konzeption s. neuerdings J. P. Nettl, *Rosa Luxemburg*, London 1966, S. 520-547. Zu Hilferdings Haltung in der Abrüstungsdebatte s. S. 220f.

Wettrüsten eine unvermeidliche, ökonomisch notwendige Erscheinung des in seiner höchsten und letzten Entwicklungsphase stehenden Kapitalismus darstelle. Dieser Analyse entsprach die Prognose: „Dieses Wettrüsten mit dem Einfall von der gegenseitigen Verabredung auf schrittweise Einschränkung der Rüstungen bekämpfen zu wollen, ist und bleibt eine Utopie.“¹ Nicht Abrüstung laute die Losung, vielmehr offenbarten die zugespitzten, unversöhnlichen Gegensätze der imperialistischen Geschichtsepoche, daß der Sozialismus aufgehört habe, „ein fernes Ideal zu sein, und ... zum unentbehrlichsten Zielpunkt praktischer Politik geworden“ sei.² Das Programm, das Lensch aus der theoretischen Gewißheit der Aktualität des Sozialismus gewann, hieß: „Aufklärung der Massen über die Natur des Imperialismus“ und „Aufpeitschung der Massen zu bewußten Aktionen gegen die Kriegsgefahr“. Als konkretes Mittel im Kampfe gegen den Militarismus wußte Lensch für die Sozialdemokratie „keine andere oder auch keine zündendere Parole als die Programmforderung des Milizsystems“.³

Diese kategorische Absage an eine Politik der Abrüstung im Sinne der Befürwortung internationaler Abkommen zur Rüstungsbeschränkung, einer schiedsgerichtlichen Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte und des internationalen Ausgleichs bedeutete einen direkten Affront gegen den offiziellen Kurs der Partei. Für Kautsky, der sich ein Jahr zuvor zwar schützend, jedoch ohne größeres theoretisches Engagement vor die Reichstagsfraktion gestellt hatte, wurde nun eine klare Stellungnahme unerlässlich.

„Die Frage der Einstellung und Einschränkung der Seerüstungen, das ist in Wirklichkeit zur dringendsten Frage des Jahrzehnts geworden, das vor die Alternative gestellt ist: Abrüstung oder Weltkrieg.“⁴ Mit dieser Charakterisierung der historischen Situation setzte Kautsky den Kontrapunkt zur Alternative Imperialismus-Sozialismus, die Lensch und seine Anhänger als das weltpolitische Signum der Gegenwart betrachteten.⁵ Die Behauptung, die Abrüstung sei eine mit der ökonomischen Entwicklung und dem Wesen des Imperialismus unvereinbare Forderung, betrachtete Kautsky als Ausfluß eines falsch verstandenen historischen Materialismus: Es sei irrig, „eine Tendenz, die aus dem Wesen des Kapitalismus entspringt“, unter allen Umstän-

¹ Lensch, *Miliz und Abrüstung*, a.a.O., S. 771.

² Lensch, *Die neuen Wehrvorlagen*, a.a.O., S. 74; Lensch machte hierbei verbale Anleihe bei R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, Marx-Studien, 3. Bd., Wien 1923, S. 472.

³ Lensch, *Die neuen Wehrvorlagen*, a.a.O., S. 73/74.

⁴ Kautsky, *Der improvisierte Bruch*, in: NZ, 30,2, S. 523.

⁵ Vgl. Radek, *Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse*, In den Reihen, S. 153; *Der Kampf gegen den Imperialismus*, in: LVZ, No 75, 30.3.1912, 6. Beilage.

den als „ein unentrinnbares Fatum“ anzusehen, „solange die kapitalistische Produktionsweise dauert“.¹ Freilich könnten Lebenselemente des Kapitalismus nur mit diesem selbst beseitigt werden, „aber es ist ein grobes Mißverständnis, jede Erscheinung, die ein Ergebnis des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, als sein Lebenselement zu betrachten, ohne das er nicht zu existieren vermag.“² Das Streben nach Verlängerung des Arbeitstages beispielsweise sei ein Ergebnis des kapitalistischen Produktionsprozesses, aber kein Lebenselement des Kapitalismus, der auch – und noch besser – bei verkürzter Arbeitszeit gedeihe. Ebenso könne die stete Ausdehnung des Marktes, die sich auf einer gewissen Entwicklungshöhe in der Form kolonialer Erwerbungen vollziehe – „was zum Wettrüsten führt“ – durch eine andere Methode der Expansion ersetzt werden. Das Wettrüsten beruhe nach Kautskys Ansicht auf „ökonomischen Ursachen, aber nicht auf einer ökonomischen Notwendigkeit“. Seine Einstellung sei „nicht im geringsten eine ökonomische Unmöglichkeit“.³

Die hier von Kautsky getroffene Unterscheidung zwischen für den Kapitalismus unentbehrlichen Faktoren und Erscheinungen, die innerhalb der bestehenden Ordnung aufgehoben werden konnten, fand ihr Korrelat in Kautskys Auffassung des Imperialismus.⁴ Für ihn war Imperialismus nicht einfach gleichbedeutend „mit dem naturnotwendigen Streben des Kapitals nach Ausdehnung, nach Erschließung neuer Märkte und Anlagemöglichkeiten“, sondern nur „eine besondere Methode, dieses Streben durchzusetzen – die Methode der Gewaltsamkeit“.⁵ Die Gewalt, die nur einen Aspekt des Imperialismus darstelle,⁶ und die ihren sinnfälligsten Ausdruck im allgemeinen Wettrüsten finde, war für Kautsky aber „keineswegs eine notwendige

¹ Kautsky, *Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus*, in: NZ, 30,2, S. 101.

² A.a.O., S. 106.

³ A.a.O., S. 107.

⁴ Für eine Analyse des Kautskyschen Imperialismusbegriffs s. John H. Kautsky, J. A. Schumpeter und Karl Kautsky: *Parallel Theories of Imperialism*, in: *Midwest Journal of Political Science*, Vol. V (1961), S. 101-128. Dort auch die weiteren zum Thema Imperialismus verfaßten Artikel Kautskys.

⁵ Kautsky, *Nochmals die Abrüstung*, in: NZ, 30,2, S. 850-851.

⁶ In einem kurz vor Kriegsausbruch verfaßten Artikel charakterisierte Kautsky die eine Seite des Imperialismus als das Streben der kapitalistischen Industrienationen nach Unterwerfung agrarischer Gebiete; diese Seite des Imperialismus könne nur durch den Sozialismus überwunden werden. Für die Fortsetzung des Wettrüstens, das ein Resultat der aus diesem Streben erwachsenen internationalen Gegensätze darstelle, liege keine ökonomische Notwendigkeit vor, *Der Imperialismus*, in: NZ, 32,2 (1914), S. 920. – Von dieser Zwei-Teilung des Imperialismus her läßt sich erklären, warum Kautsky eine Eindämmung des Wettrüstens für möglich hielt, der Änderung der bestehenden Kolonialpolitik – etwa der Möglichkeit eines Rückzugs der kapitalistischen Mächte aus den Kolonien – geringe Chancen einräumte, vgl. Kautsky, *Der improvisierte Bruch*, in: NZ, 30,2, S. 520-521.

Bedingung des ökonomischen Fortschritts".¹ Im Gegenteil – die friedliche Durchsetzung imperialistischer Expansion als alternative Entwicklungsmöglichkeit hatte außerdem noch den Vorteil einer für den Kapitalismus rentableren Methode. Die Tatsache, daß in der kapitalistischen Produktionsweise seit etwa zwei Jahrzehnten das Kartellverhältnis anstelle des freien Konkurrenzkampfes der Betriebe getreten war, berechnete nach Ansicht Kautskys zur Vorstellung einer analogen Situation für das Verhältnis der kapitalistischen Staaten untereinander.² Zeigte es sich doch immer deutlicher, daß bei dem Streben nach Monopolisierung des Weltmarktes die Staaten sich gegenseitig hemmten und störten und deshalb zu einer Steigerung ihrer Rüstungen und der Kosten des Expansionsgeschäftes gezwungen wurden, so daß „alle Profite darob flöten“ gingen.³ Je mehr aber die Fortsetzung des Konkurrenzkampfes alle Beteiligten ruiniere, desto mehr sah Kautsky das Stadium herannahen, in dem der Konkurrenzkampf der Staaten durch ein Kartellverhältnis abgelöst würde. Das müsse durchaus nicht „den Verzicht auf die Expansion des heimischen Kapitals“ bedeuten, „sondern nur den Übergang zu einer wohlfeileren und ungefährlicheren Methode“.⁴ In solchem Sinne konnten die Abrüstungsanregungen Englands als „ein Symptom des Kartellierungsbedürfnisses des englischen Kapitalismus mit anderen staatlichen kapitalistischen Organisationen zur gemeinsamen Ausbeutung des Weltmarktes“⁵ gelten. Denn die Kapitalisten Englands und Deutschlands würden „nicht das mindeste verlieren, wenn beide Staaten untereinander sich über ihre auswärtige Politik verständigten und daraufhin ihre Rüstungen einschränken.“⁶

In Kautskys Analyse lag zugleich die Prognose: Kautsky glaubte, daß sich die Gewalt-Komponente des Imperialismus ausschalten lasse. Von dieser Perspektive war die sozialdemokratische Forderung nach

¹ Kautsky, *Nochmals die Abrüstung*, a.a.O., S. 851.

² Kautsky, *Der erste Mai...*, a.a.O., S. 107.

³ A.a.O., S. 107-108.

⁴ A.a.O., S. 108. Im Weltkrieg hat Kautsky diese Phase der „Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik“ als „Ultraimperialismus“ bezeichnet (s. Imperialismus, in: NZ, a.a.O., S. 921; Zwei Schriften zum Umlernen, in: NZ, 33,2 (1915), S. 144f.) – offensichtlich in Anlehnung an Hilferdings „Generalkartell“ (Hilferding, *Das Finanzkapital*, a.a.O., S. 295f.). Kautskys Konzept eines internationalen Staatenkartells nannte Lensch eine „blutleere Abstraktion“ (Eine Improvisation, a.a.O., S. 364; ebenso Radek, *Wege und Mittel...*, In den Reihen, S. 183-184). G. Eckstein, der Kautskys Ausführungen unterstrich (s. Imperialismus und Rüstungsbeschränkung, in: NZ, 30,2, S. 909-910), meinte zu Lenschs abschätzigen Äußerungen: „Von Oekonomie verstehen die Leute leider gar nichts“ (Brief von Eckstein an Kautsky, 24.8.1912, Kautsky-Archiv D X/67, IISG).

⁵ Ledebour auf dem Chemnitzer Parteitag, s. SPD-PTP 1912, S. 431, ähnlich Haase, a.a.O., S. 411.

⁶ Kautsky, *Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus*, a.a.O., S. 108.

Abrüstung nicht nur mit dem Wesen des Kapitalismus vereinbar, sondern auch eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit.

Weitaus schwieriger wurde es für Kautsky, den Vorwurf zu entkräften, als sei das sozialdemokratische Eintreten für internationale Rüstungsbeschränkung eine „parlamentarische Improvisation“, die „weder in unserem Programm noch in unserer Parteiliteratur die geringste Stütze“ finde.¹ Stand die Abrüstungsforderung, für die sich die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag einsetzten, im Widerspruch zur Parteiprogrammatik? Oder handelte es sich um einen bloßen Wortstreit, wenn Lensch behauptete: „Abrüstung“ bedeute „bisher für die Partei völlige Abrüstung und war als solche nur ein anderes Wort für die Beseitigung der stehenden Heere durch die Volksbewaffnung, die Miliz“;² Kautsky dagegen betonte, daß sich der Kampf der Sozialdemokratie seit jeher in den beiden Forderungen, *der Abrüstung und der Miliz, manifestiere*?³

Der Wortlaut des Erfurter Programms und die von der II. Internationale beschlossenen Resolutionen gegen Krieg und Militarismus vor 1910 konnten für eine Beweisführung Kautskys wenig Hilfe bieten.⁴ Aufschlußreicher sind die verschiedenen Äußerungen der

¹ Lensch, Eine Improvisation, in: NZ, 30,2, S. 312.

² Lensch, a.a.O., S. 311.

³ Kautsky, Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus, a.a.O., S. 98.

⁴ Einen Hinweis auf Abrüstung sucht man im Erfurter Programm vergeblich, s. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky u. B. Schoenlank, Berlin o.J., S. 36-39. – Auf dem Gründungskongreß der II. Internationale wurde unter den konkreten Forderungen die Abschaffung der stehenden Heere durch allgemeine Volksbewaffnung genannt, s. Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris, abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg 1890, S. 119-120. Auf dem Züricher Kongreß von 1893 hatte die belgische Delegation die von den deutschen Teilnehmern formulierte Resolution durch den Antrag erweitert: „...die Militärkredite abzulehnen, gegen den Militarismus zu protestiren und für die Entwaffnung einzutreten“, s. Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongresses in der Tonhalle Zürich v. 6.-12. Aug. 1893, Zürich 1894, S. 28. Die Vermutung, daß hier „Entwaffnung“ als Synonym für die Abrüstungsforderung im Sinne des Engelsschen Artikels „Kann Europa abrüsten?“ (in: Aus der Waffenkammer des Sozialismus, 5. Halbjahrsband, 1905, Frankfurt/M. 1905, S. 104-122) anzusehen sei – wie W. Wittwer (Streit um Schicksalsfragen, Berlin 1964, S. 58) meint – kann ich nicht teilen. Gerade Engels trat für eine „Abrüstung“ ein, die s.M. nach „jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landessicherheit“ durchführen konnte (Engels, a.a.O., S. 104 im Vorwort). – Auf dem Londoner Kongreß von 1896 tauchten unter den konkreten Forderungen wiederum die Volksbewaffnung und die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts auf (s. Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London v. 27. Juli bis 1. Aug. 1896, Berlin 1896, S. 24), die 1900 in Paris bestätigt wurden (s. Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris, 23. bis 27. Sept. 1900, Berlin 1900, S. 27f.). Erst in die Stuttgarter Kongreß-Resolution von 1907 fand die „Abrüstung“ – wenn auch nur in einem Nebensatz – Eingang. Dort hieß es, daß „durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen

maßgeblichen Parteiführer, vor allem während der 90er Jahre. Angesichts des Abrüstungsmanifests des Zaren von 1898 hatte Bebel auf dem Stuttgarter Parteitag den Vorschlag der russischen Regierung als Bekräftigung dafür gewertet, daß die entschiedene Opposition der Sozialdemokraten aller Länder gegen den Wahnsinn der militärischen Rüstungen ihre volle Berechtigung habe. Der Zar wurde aufgefordert, bei der Einstellung der Rüstungen „mit gutem Beispiel“ voranzugehen,¹ obwohl – wie Bebel betonte – die Sozialdemokraten nicht daran glaubten, „daß die Frage, die die russische Regierung gestellt hat, durch die europäischen Regierungen gelöst wird“.² Man war sich einig, daß es nun „erst recht Aufgabe der Sozialdemokratie“ sei, gegen die „Verderblichkeit der militärischen Rüstungen“ zu agitieren und „energischen Widerstand“ gegen jede weitere Rüstungsverstärkung zu leisten.³ Zu einer Umwandlung dieser sehr allgemein gehaltenen Forderung in eine parlamentarische Aktion, wie es etwa zehn Jahre später geschah, kam es jedoch nicht.

Recht illusionslos, ja abschätzig hatte Kautsky Ende der 90er Jahre die Abrüstungsidee beurteilt: Wenn die heutigen Regierungen zur Abrüstung übergingen, würden sie sich weder für die Miliz noch für die völlige Entwaffnung entschließen, sondern für Reduzierung der stehenden Heere auf Dimensionen, die es ihnen noch ermögliche, das eigene Volk niederzuhalten. Dies bedeute aber „Volksentwaffnung, nicht Volksbewaffnung“.⁴ Die Sozialdemokratie verlange jedoch „völlige Abrüstung oder Volksbewaffnung, nicht aber die Schaffung einer Prätorianergarde“; sie fordere „Abrüstung zur See wie zu Land, ... den Weltfrieden, nicht bloß den Frieden auf dem europäischen Festland“.⁵ Diesen Gedankengang unterstrich Kautsky kurz darauf, indem er den Regierungen unterstellte, daß sie sich von den drei möglichen Wegen zur Abrüstung – der völligen Entwaffnung, der Miliz und der Reduzierung der stehenden Heere – am ehesten für die letztere Art entscheiden würden, „trotz der geringen Aussichten, sie auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu verwirklichen“.

Veranstaltungen der Regierungen die Wohltat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen..., die durch die militärischen Rüstungen und Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden“, s. Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 66.

¹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart v. 3. bis 8. Okt. 1898, Berlin 1898, S. 65 f. (Resolution Bebel).

² A.a.O., S. 221 (Bebel).

³ A.a.O., S. 66 (Resolution).

⁴ Kautsky, Demokratische und reaktionäre Abrüstung, in: NZ, 16,2 (1897/98), S. 743.

⁵ A.a.O., S. 746.

Dagegen könnten sich die bürgerlichen Kreise nicht für die Ersetzung der stehenden Heere durch eine Volkswehr erwärmen, „gerade weil diese eine der Vorbedingungen von gesellschaftlichen Zuständen ist, die erst die Abrüstung gestatten“.¹

Weit positiver hatte sich Engels 1893 in seiner Schrift „Kann Europa abrüsten?“ ausgesprochen. Er hielt es für möglich, daß man bei lückenloser Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht auf dem Wege einer allmählichen Verkürzung der Dienstzeit zu einer Verringerung der unter Waffen stehenden Mannschaften kommen werde. Von dieser Maßnahme versprach er sich eine Verminderung der Armeekosten sowie der Kriegsbudgets und gleichzeitig eine Annäherung an die als Miliz organisierte Volksbewaffnung.² Von einer Überschätzung der Miliz³ war Engels ebenso frei wie von einer Unterbewertung der Abrüstung im Sinne einer unter den gegebenen politischen Verhältnissen möglichen „Rüstungsbeschränkung“.⁴

Man hatte demnach Abrüstung durchaus nicht immer nur als Synonym für Miliz verstanden. Es mußte vielmehr gefragt werden, wie die in der Partei Maßgeblichen die Chancen der Abrüstung als einer auf kapitalistischen Boden durchführbaren Maßnahme bisher beurteilt hatten. Unter diesem Aspekt war es nicht schwierig, den Kautsky von 1912 mit seinen früheren Äußerungen zu widerlegen. Kautsky hatte in seiner Schrift „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ unmißverständlich dargestellt, daß die gegenwärtige Phase der Weltpolitik als Ausdruck des Konkurrenzkampfes der Industrieländer um die Märkte der sich ständig verringernden Agrarländer nur die Alternative – Weltkrieg oder sozialistische Gesellschaft – anbiete. Selbst Ökonomen und Politiker, „die einsehen, daß ein Weltkrieg heute ein unabsehbares Elend schaffen“ werde, „auch sie drängen zum Wettrüsten, zur Expansionspolitik, und sie müssen es tun – wenn sie auf dem Boden

¹ Kautsky, Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S. 413.

² Engels, Kann Europa abrüsten?, a.a.O., S. 104ff.

³ In einem Brief an Marx hatte Engels hervorgehoben: „Erst eine kommunistisch einggerichtete und erzeugte Gesellschaft kann sich dem Milizsystem sehr nähern, und auch da noch asymptotisch“, zit. b. F. Mehring, Miliz und stehendes Heer, in: NZ, 31,2 (1913), S. 910.

⁴ Bebel betrachtete damals Engels' Abrüstungsvorschlag „nur als ein Mittel... das zeigen soll, dass wir einen praktischen Weg wissen; für durchführbar von jenen, die ihn durchführen sollen, halte ich ihn nicht. Man akzeptiert ihn ebensowenig wie unsere Vorschläge, das Milizsystem einzuführen. Man kann eben die Überflüssigkeit des Militarismus nicht zugeben, weil er für Staat und Bourgeoisie von Notwendigkeit ist“, Brief von Bebel an Engels, 28.2.1893, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, hrsg. v. W. Blumenberg, London, The Hague, Paris 1965, S. 670; s. auch Brief von Bebel an Engels, 25.2.1893, a.a.O., S. 666-667.

der kapitalistischen Gesellschaft stehen."¹ Im „Weg zur Macht“ hatte er diesen Gedankengang unterstrichen: „So lange die Weltpolitik dauert, muß der Wahnsinn des Wettrüstens bis zur völligen Erschöpfung zunehmen: Der Imperialismus aber ... ist die einzige Hoffnung, die einzige Idee für die Zukunft, die der bestehenden Gesellschaft noch winkt. Außer ihr gibt es nur noch eine Alternative: den Sozialismus."²

Kautsky erklärte die in seinen Äußerungen scheinbar existierenden Widersprüche als Resultat einer Entwicklung, die allgemein für die sozialdemokratische Publizistik feststellbar sei. Danach müßten zwei Phasen in der Parteiliteratur unterschieden werden. Etwa bis 1909 widmeten sich die wissenschaftlichen Untersuchungen vorrangig der Darstellung der naturnotwendig aus dem kapitalistischen System erwachsenden Tendenzen. Die Schilderung der proletarischen Gegen-tendenzen trete dabei mehr in den Hintergrund der literarischen Erörterung. Nun hatte sich aber nach Ansicht Kautskys die äußere und innerparteiliche Situation dermaßen gewandelt, daß anstelle der früheren Übertreibungen nach rechts – der Hoffnungen auf Milderung der Klassegegensätze, eines Entgegenkommens der herrschenden Schichten und der Möglichkeiten umwälzender sozialer Reformen – „viel leichter und öfter Übertreibungen nach links“ vorkämen.³ Demnach konzentrierte sich das gegenwärtige literarische Interesse stärker auf die Betonung der unter kapitalistischen Verhältnissen durchführbaren Maßnahmen. Kautsky hielt 1912 seine Schriften „Handelspolitik und Sozialdemokratie“, „Sozialismus und Kolonialpolitik“ und den „Weg zur Macht“ noch „für ebenso richtig wie zur Zeit ihrer Abfassung. Was sich seitdem geändert hat, ist nicht mein Standpunkt, sondern die historische Situation, die mich jetzt veranlaßt, die andere Seite der sozialen Entwicklung mehr zu betonen.“⁴ Damit hatte sich der Kautsky von 1912 mit seinem alter ego versöhnt. Die Formel, die Kautsky zur Harmonisierung seiner unterschiedlichen Bewertungen der Abrüstung fand, lag auf derselben Linie: „Das Ziel“ – die Beseitigung der Kriegsgefahr, die aus den stets gesteigerten Rüstungen erwächst, und die Einschränkung des Kriegsbudgets, also die „Rüstungsbeschränkung“ – „ist seit jeher in unserer Partei dasselbe

¹ Kautsky, *Handelspolitik und Sozialdemokratie*. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen, Berlin 1901, S.91; auch in der 2. Auflage von 1911, S.94. Der nämliche Gedankengang in: Kautsky, *Sozialismus und Kolonialpolitik*. Eine Auseinandersetzung, Berlin 1907, S. 37-38.

² Kautsky, *Der Weg zur Macht*. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, Berlin 1909, S. 90.

³ Kautsky, *Der improvisierte Bruch*, in: NZ, 30,2, S. 514-517.

⁴ A.a.O., S. 517.

geblieben", nur „die Wege wandeln sich im Wandel der Zeiten“.¹

Kautsky glaubte, daß im Jahre 1912 der Weg zur Abrüstung, den noch Engels 1893 empfohlen hatte, nicht mehr ausreiche. Selbst die Verkürzung der Dienstzeit im stehenden Heer hatte keinen Damm gegen weiteres Steigen der Militärbudgets gebildet. Auch die Miliz, für deren Einführung die Sozialdemokratie nach wie vor in erster Linie „aus politischen Gründen, zur Förderung der Demokratie“² eintreten müsse, habe sich als ein „untaugliches Mittel der Abrüstung erwiesen“,³ ja angesichts des stets wachsenden Flottenrüstens versage die Milizidee „vollständig“.⁴ Dagegen erwartete Kautsky von der Abrüstung, die die vorhandenen Waffen beschränke und der Einführung neuer einen Riegel vorschleibe, direkte ökonomische Konsequenzen vor allem hinsichtlich der Reduzierung des Marinebudgets.⁵

Es ist bezeichnend für die Sinnentleerung und Verschwommenheit des Milizbegriffs sowie für die damals in der SPD noch grassierenden kleinbürgerlich-romantischen Milizvorstellungen, daß Lensch gerade die angebliche Unanwendbarkeit der Miliz auf die Kriegsflotte als Zeichen ihrer besonderen Güte wertete: „Die spezifische Waffe des Imperialismus, die Hochseeflotte, ist schlechthin offensiv, das Wehrprogramm des Proletariats schlechthin defensiv.“ Deshalb hielt er die „Übertragung des defensiven Wehrprogramms der Sozialdemokratie auf die offensive Spezialwaffe des Imperialismus“ allerdings für „völlig sinnlos“.⁶ Mit seiner naiven Milizauffassung, die in der Behauptung gipfelte, daß die Miliz zu Eroberungskriegen „schlechthin unwendbar“ sei, stieß Lensch auf starken Widerspruch, auch auf seiten

¹ Kautsky, *Der improvisierte Bruch*, a.a.O., S. 464. Bei einer Überprüfung der einzelnen, für Kautsky feststellbaren Entwicklungsphasen und ihrer zeitlichen Abgrenzung gegeneinander kann die Berücksichtigung des sichtbaren Wandels Kautskys in der Beurteilung von Abrüstung, Krieg und „Weltpolitik“ wesentliche Anhaltspunkte liefern (vgl. die Kritik v. W. Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt/M. 1964, S. 36-37, an der von Karl Korsch beeinflussten Interpretation des ganzen Kautsky). Die Zeitspanne vom Frühjahr 1910 bis Ende 1911 markiert – m.E. – einen Fixpunkt für Kautskys Entwicklung, in deren Verlauf die Unterschiede zwischen „Zentrismus“ und offiziellem Revisionismus fast vollkommen verschwanden.

² Kautsky, *Der improvisierte Bruch*, a.a.O., S. 466. Für den Nachweis der Verknüpfung von Miliz und Demokratie s. frühere Äußerungen Kautskys, Schippel und der Militarismus, in: *NZ*, 17,1 (1898/99), S. 653f.; *Die Agrarfrage*, a.a.O., S. 413.

³ Kautsky, *Der improvisierte Bruch*, a.a.O., S. 466-467.

⁴ Kautsky, *Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus*, a.a.O., S. 98.

⁵ *Ebda.*

⁶ Lensch, *Miliz und Abrüstung*, a.a.O., S. 768. Dagegen war für Radek der Milizgedanke auch auf die Flotte übertragbar, s. *Wege und Mittel im Kampfe gegen den Imperialismus*, In den Reihen, S. 194f.

der Radikalen.¹ Doch war die Resonanz im allgemeinen recht zwiespältig. Die Kritik, die sich mit Lenschs Äußerungen befaßte, achtete sorgsam darauf, daß der Eindruck einer Diskreditierung oder gar einer Absage an die Miliz vermieden wurde.² Obgleich die Unzulänglichkeit der Milizforderung seit langem und erneut durch die Abrüstungskontroverse bewußt geworden war und die Partei sich in ihrer Praxis längst auf die bestehende Heeresorganisation eingestellt hatte,³ mußte jede Diskussion an dem vom Erfurter Programm gesteckten Rahmen ihre Schranke finden.

Es gilt jedoch festzuhalten, daß ein Teil der Radikalen – besonders im Zusammenhang mit den Militärdebatten von 1913 – den seines Inhalts entleerten Milizgedanken aufgriff und die Volkswehr als „Augenblicksforderung, die in positiver systematischer Weise unsre Kritik des kapitalistischen Militarismus verkörpert,⁴ und als „revolutionäres Prinzip“,⁵ dessen „Durchführung ... den Sturz der Junkerherrschaft voraussetzt“,⁶ neben der Forderung nach Massenaktionen in das Konzept der „Niederwerfungsstrategie“ einfügte. Angesichts dessen ergab sich die Frage, ob die Parteimehrheit mit ihrem Ruf nach Abrüstung und der Beschränkung auf ein unverbindlich-platonisches Bekenntnis zur Miliz⁷ eine korrespondierende Taktik dagegen stellen konnte. Die Durchleuchtung des Abrüstungsprogramms und der dahinter stehenden Motive macht den Kontrast zwischen den von beiden Seiten empfohlenen Taktiken besonders deutlich.

¹ K. Liebknecht warnte auf dem Chemnitzer Parteitag davor, die Miliz als Selbstzweck anzusehen, die im Vergleich zum stehenden Heer „nur das kleinere Übel“ darstelle, SPD-PTP 1912, S. 426. Die Erfahrungen mit der Schweizer Miliz bestätigten die Skepsis nur zu sehr, s. R. Grimm, Erfahrungen mit dem schweizerischen Milizsystem, in: NZ, 30,2, S. 385-393, 442-449.

² G. Eckstein (Gegenwartsforderungen, in: NZ, 30,2, S. 574) setzte sich im Namen der Redaktion der NZ gegen solche Unterstellungen zur Wehr.

³ Vgl. etwa die von der Fraktion anlässlich der Wehrvorlagen von 1913 eingebrachten Militärverbesserungsanträge, Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. Sept. 1913, Berlin 1913, S. 155-164.

⁴ LVZ, 5.4.1913, zit. b. H. Oeckel, Volkswehr gegen Militarismus, Berlin 1962, S. 113.

⁵ Mehring, Miliz und stehendes Heer, a.a.O., S. 912.

⁶ R. Luxemburg in einer Leipziger Volksversammlung im Mai 1913, in: Redner der Revolution, Bd. XI, Rosa Luxemburg, Berlin 1928, S. 86. Vgl. auch Radek, Kapitalistisches Wettrüsten, Volksheer und Sozialdemokratie, In den Reihen, S. 270: „Der Kampf für die Miliz bedeutet für das Proletariat den Übergang von der Verteidigung zum Angriff.“

⁷ Der „radikalen“ Kritik an den Vorschlägen der Reichstagsfraktion zur Verbesserung der bestehenden Heeresverfassung hielt H. Schulz entgegen: Entscheidend sei doch, daß diese Anträge „ihre Ziele und Richtlinien durch unsere programmatische Volkswehrforderung, durch unser militärisches Endziel“ erhielten, s. SPD-PTP 1913, S. 344 (Bericht der Reichstagsfraktion).

DIE „QUALITÄT“ DER ABRÜSTUNGSFORDERUNG

Kautsky hatte der Reichstagsfraktion bestätigt, daß die von ihr erhobene Forderung nach Abrüstung parteiprogrammatisch zulässig, praktisch-politisch realisierbar und von der ökonomischen Entwicklung her auch erfüllbar war. Er begnügte sich jedoch nicht mit der Rolle des Anwaltes, sondern fragte weiter, welch unmittelbar „positive“ Rückwirkungen vom Abschluß eines Abrüstungsabkommens zu erwarten wären. Die Verständigung zwischen Deutschland, England und Frankreich bringe – so hoffte er – vor allem die Abschwächung des bestehenden russischen Übergewichts. Der Weigerung Deutschlands, mit den Westmächten in ein Abrüstungsgespräch zu kommen, gab Kautsky die Schuld dafür, daß „Rußland mit seiner bis ins Mark verfaulten Bureaucratie, seiner unfähigen und elend gerüsteten Soldateska“ sich „zum Beherrscher der Geschicke Europas“ aufwerfen konnte.¹ Käme es aber zu einer Verständigung der Westmächte, dann würde die Integrität Chinas, Persiens und der Türkei gegenüber Rußland gewahrt und Rußland aus der Rolle des Züngleins an der Waage verdrängt.² Ein solches Einvernehmen müsse außerdem im Interesse des kapitalistischen Westens liegen: Denn „je geringer die Rüstungskosten in Westeuropa, desto größer die Mittel, die für Eisenbahnbauten in China, Persien, der Türkei, Südamerika usw. verfügbar werden, und diese Bauten sind ein weit wirksameres Mittel, die industrielle Entwicklung zu fördern, als der Bau von Dreadnoughts.“³

Wenn sich die Sozialdemokratie für die Abrüstung engagierte, so erfüllte sie demnach eine doppelte Aufgabe: Sie vollzog die „Geschäfte“ der bürgerlichen Gesellschaft, indem sie dem Kapitalismus eine für seine Entwicklung „dienlichere“ Richtung wies. Gleichzeitig wirkte sie in ihrem ureigenen Interesse, indem sie dafür Sorge trug, daß die bürgerliche Gesellschaft „nicht verfault und spurlos vergeht, wie die Gesellschaft der römischen Kaiserzeit, sondern zum Ausgangspunkt einer neuen, höheren Gesellschaftsform wird.“⁴ Einen anderen Maßstab legte Radek an. Seiner Meinung nach war das sozialdemokratische Plädoyer für die Abschaffung des handelsschädlichen Kaperrechts, nach der die Reichstagsfraktion im Zusammenhang mit den Abrüstungsbemühungen verlangte, völlig verfehlt – „weil es doch nicht

¹ Kautsky, Nochmals die Abrüstung, in: NZ, 30,2, S. 849.

² Kautsky, a.a.O., S. 852. Der sozialdemokratische „Leitfaden für die Beurteilung internationaler Verhältnisse“, die Gegnerschaft gegen den russischen Absolutismus, kommt hierbei deutlich zum Vorschein, vgl. S. Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Frankfurt/M. 1964, S. 133.

³ Kautsky, Nochmals die Abrüstung, a.a.O., S. 853.

⁴ Kautsky, Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus, a.a.O., S. 101.

unsre Aufgabe ist, die Massen für den Schutz des bürgerlichen Eigentums zu erwärmen".¹ Die Konfrontierung dieses Arguments mit dem Gedankengang Kautskys läßt die Verschiedenheit des hinter dem „zentristisch“-mehrheitlichen und linksradikalen Konzept liegenden Willens sichtbar werden.

Auch in der Einstellung zum Krieg, in dessen Ablehnung die gesamte Partei übereinstimmte, trat diese Divergenz der Auffassungen zutage. In der Sicht der äußersten Linken hatte der Krieg trotz aller negativen Auswirkungen eine günstige Seite – er schuf die Möglichkeiten zur sozialen Revolution. So konnten sie einerseits gegen den Krieg, der ihnen ebenso wie das Wettrüsten eine „fatale Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung“² war, leidenschaftlich ankämpfen, andererseits aber die Forderung erheben, den Krieg zur Beschleunigung des Sturzes der Klassenherrschaft auszunutzen.³ Für Kautsky, der in der Frage Weltkrieg oder Erhaltung des Friedenszustandes eine bloße Machtfrage sah,⁴ war der Krieg, der die Revolution bedeuten mußte, ein unerwünschter, „falscher“ revolutionärer Anlaß. Kautsky verhehlte sich nicht, daß der Krieg ein in seinen Auswirkungen unwägbares Anschwellen des Nationalismus mit sich bringen würde: „Ist es einmal so weit gekommen, daß die Bevölkerung nicht in der eigenen Regierung, sondern in der Bösartigkeit des Nachbarn die Kriegsursache erblickt ..., dann entbrennt in der ganzen Bevölkerung auch einmütig das heiße Bedürfnis nach Sicherung der Grenze vor dem bösartigen Feinde, nach Schutz vor seiner Invasion. Da werden zunächst alle zu Patrioten, auch die international Gesinnten...“⁵ Ferner stellten die aus einer Invasion erwachsenen Zerstörungen „so ungeheuerliche Anforderungen an den Staat“, daß sie die Kräfte und

¹ Kritisches über Kopenhagen, LVZ, a.a.O.

² Luxemburg, Redner der Revolution, a.a.O., S. 85-86.

³ Vgl. das 1907 beschlossene und 1910 bestätigte Amendement zur Antikriegsresolution, Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, a.a.O., S. 97-98 u. 102.

⁴ Kautsky, Der erste Mai..., a.a.O., S. 107-108. Kautsky glaubte, daß ein Abrüstungsabkommen den Krieg der europäischen Großstaaten hinausschiebe, so daß schließlich – da die Macht des europäischen Proletariats mit jedem Jahr wachse – dem Krieg für immer ein Ende bereitet werde (ebda.).

⁵ Kautsky, Krieg und Frieden, in: NZ, 29,2, S. 104. Die Anwendung des Massenstreiks in einem solchen Falle hielt Kautsky für „heroischen Wahnsinn“, ebda. Befürchtungen eines Anschwellens des Nationalismus im Kriegsfall hatte auch Engels geäußert, s. Brief von Engels an Bebel, 29.9.1891, August Bebels Briefwechsel, a.a.O., S. 440-441. – A. Pannekoek (Massenaktion und Revolution, in: NZ, 30,2, S. 611) wies den Gedanken an die Möglichkeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter den Krieg bejahen könnten, entrüestet ab; auf Grund der Weltkriegserfahrung kommentierte Kautsky diese Replik: „Wie hätte ich gewünscht, Pannekoek hätte recht behalten!“ (Sozialisten und Krieg, a.a.O., S. 346).

Mittel einer Revolution vorübergehend völlig absorbieren müßten.¹ Kurz – die in einem Kriege entstehenden revolutionsfremden Faktoren waren für Kautsky so unwägbar, daß ein „Sieg auf Trümmern“ die Form der Revolution darstellte, „die wir am wenigsten wünschen“: Ein Sieg, „der uns als erste Aufgabe statt der Überführung der privaten Schätze des Kapitalismus in den Besitz der Gemeinschaft ... die Heilung des aus tausend Kriegswunden blutenden Volkskörpers auferlegt“.²

Die Marxschen Kriterien für die Beurteilung des Krieges waren nicht mehr die der Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges.³ In einem Artikel Rudolf Hilferdings, der an der Schwelle des Jahres 1912 die außenpolitische Situation auf dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung auf dem Balkan durchleuchtete, kam diese gewandelte Einstellung zum Krieg deutlich zum Ausdruck. Er schrieb dort: Zwar verkenne die Sozialdemokratie die Bedeutung des Krieges als eines großen Motors der historischen Entwicklung nicht; sie begreife auch den Kampf der Balkanvölker um ihre nationale und wirtschaftliche Emanzipation. Aber „nur im Kampfe gegen die kriegerische Entwicklung, der uns frei von Verantwortung für die unsagbar schrecklichen Folgen macht, können wir die Erben des Zusammenbruches der kapitalistischen Welt werden.“⁴

Hilferding war auf Grund seiner Analyse des Imperialismus im „Finanzkapital“ von der Unvermeidbarkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes überzeugt.⁵ Dennoch blieb er mit seiner Einstellung

¹ Kautsky, *Die soziale Revolution*, I. Sozialreform und soziale Revolution, Dritte durchgesehene Auflage, Berlin 1911, S. 58.

² Kautsky, *Der politische Massenstreik*, S. 213.

³ Der Wandel in der sozialdemokratischen Einstellung zum Kriege (s. auch die treffende Darstellung von revisionistischer Seite durch E. Fischer, *Krieg und Sozialdemokratie*, in: *SM*, 19,2 (1913), S. 604-608) läßt sich auch für Kautsky nachweisen. Noch auf dem Essener Parteitag hatte Kautsky gegen Bebels Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg betont, daß sich die Sozialdemokratie – da kein einwandfreies Kriterium für eine solche Unterscheidung zu geben sei – nur von dem Gesichtspunkt leiten lassen könne, „ob ein proletarisches oder ein demokratisches Interesse in Gefahr ist“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokr. Partei Deutschlands. Abgehalten zu Essen vom 15. bis 21. Sept. 1907, Berlin 1907, S. 261). Im Anschluß an die Marokkocodebatten auf dem Jenaer Parteitag von 1911 reflektierte er zum gleichen Thema, daß sich das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriegsfall orientieren müsse an der Haltung der Regierung, an der Stimmung der Bevölkerung und an dem Objekt, um das der Krieg entbrenne (Der zweite Parteitag von Jena, in: *NZ*, 29,2, S. 873f.). – Für das Problem Sozialdemokratie und Krieg s. allgemein M. M. Drachkovitch, *Les Socialismes Français et Allemand et le Problème de la Guerre 1870-1914*, Genf 1953, bes. S. 243ff.; G. Lützens, *Das Kriegsproblem und die marxistische Theorie*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 49 (1922), S. 467-517. Aus der Sicht des späten Kautsky, vgl. Kautsky, *Sozialisten und Krieg*, bes. S. 280ff.

⁴ *Der Balkankrieg und die Großmächte*, in: *NZ*, 31,1, S. 81-82.

⁵ *Das Finanzkapital*, S. 471; auch Hilferding, *Taumel*, in: *NZ*, 31,1, S. 853.

zum Krieg und den Empfehlungen der dagegen anwendbaren Taktik auf seiten Kautskys und der Parteimehrheit.¹ Diese Diskrepanz macht deutlich, daß nicht die theoretische Erklärungsweise des Imperialismus bestimmend war für die Beurteilung der Abrüstung und der mit ihr zusammenhängenden Fragen. Das Gefühl der Mitverantwortung für die Fortentwicklung und Weiterexistenz der bürgerlichen Gesellschaft, die im Interesse der Arbeiterschaft und ihrer Organisation lag, gepaart mit der Furcht vor einer aus der kriegesischen Apokalypse hervordachsenden „falschen“ Revolution gehörte zu den wesentlichen Motiven, die hinter der Abrüstungsidee und dem sie tragenden Friedens- und Ausgleichskonzept standen. Die von der SPD in diesem Sinne unternommenen Schritte stellten sich nicht als Ansatz einer politischen „Neuorientierung“ dar. Sie waren vielmehr eine Demonstration von Resignation und Pflichtgefühl gegenüber der stets zunehmenden Kriegsgefahr.² Wie wenig Kautsky das sozialdemokratische Eintreten für die Rüstungsbeschränkung als eine Hinwendung zu einer neuen, „praktischen“ Politik empfand, läßt sich an seiner vagen, bzw. überhaupt fehlenden Vorstellung über die konkrete Durchführbarkeit eines solchen Abkommens ablesen.³ Die in allen seinen Zu-

¹ Hilferding hat die Forderung der Rüstungsbeschränkung als eine „unmittelbar zu verfechtende, konkrete Forderung“ bejaht, an die in der Agitation angeknüpft werden könne, um an dem Widerstand der herrschenden Schichten gegen sie „die eigentlichen Triebkräfte des Imperialismus zu entwickeln“ (Mit gesammelter Kraft, in: NZ, 30,2, S. 1005). Eine Politik, die auf die Probleme des Tages nur die Antwort des Sozialismus bereithalte, nannte Hilferding „blutleer und wirkungslos“ (Der Balkankrieg und die Großmächte, a.a.O., S. 77). Für Hilferdings Einstellung zum Massenstreik und seine „quietistischen“ Folgerungen daraus s. Gottschalch, a.a.O., S. 74ff.

² Ähnlich charakterisiert G. Schulz (Die deutsche Sozialdemokratie und die Idee des internationalen Ausgleichs, in: Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser, Düsseldorf 1954, S. 112f.) die auf dem Chemnitzer Parteitag angenommene Imperialismus-Resolution. S. auch die vom Parteivorstand herausgegebene Broschüre Imperialismus oder Sozialismus? Sozialdemokratische Flugschriften XII, Berlin 1912, S. 15: „Der Forderung der Herrschenden nach ständiger Mehrung setzen wir die unablässige Agitation nach Einschränkung der Rüstungslasten, nach Verwendung der Steuergelder für Sozial- und Kulturpolitik entgegen. Indem wir für diese Forderung kämpfen, zeigen wir den Herrschenden den Ausweg aus ihrer Kriegspolitik. Folgen sie uns nicht, dann sind sie auch für die Konsequenzen verantwortlich.“

³ Vgl. Kautsky, Sozialdemokratische Finanzreform, in: NZ, 27,2 (1909), S. 233; Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus, in: NZ, 30,2, S. 98; zur hämischen Kritik Lenschs s. Miliz und Abrüstung, a.a.O., S. 767. – Am deutlichsten hatte sich Bebel über die praktische Seite der Durchführung eines internationalen Rüstungsabkommens ausgesprochen. Er empfahl, daß die Budgets eines bestimmten Zeitraumes als Norm für die weiteren Jahre gelten sollten (s. Vorwärts, No 76, 30.3.1911, 1. Beilage). – Die Hoffnungen auf ein im internationalen Maßstab durchführbares Abkommen hielt Lensch für „Utopie“, eine bilaterale – etwa zwischen Deutschland und Frankreich geschlossene – Abmachung für „denkbar“ (Eine Improvisation, a.a.O., S. 365). Aber selbst für eine solche bloß „Palliativcharakter“ tragende Maßnahme durfte – nach Ansicht von Radek –

kunftsprognosen durchschimmernde resignierte Grundhaltung bestärkt diesen Eindruck. Auf welcher unsicherer Basis die sozialdemokratischen Abrüstungsbemühungen standen, spürte Kautsky selbst. Da er kein politisches Erfolgsrezept zu geben vermochte, verwies er auf den Agitationsgehalt der Abrüstungsforderung. So glaubte er, daß – selbst für den Fall eines Scheiterns aller Bestrebungen – die Partei einen beträchtlichen Gewinn daraus ziehe, da ihre „propagandistische Kraft in allen durch das Wettrüsten und seine Konsequenzen bedrängten und bedrohten Kreisen wenigstens des arbeitenden Volkes gewaltig gesteigert werden müßte.“¹ Dieser Gesichtspunkt sollte der Partei für die Zukunft genügen.

DIE KONSEQUENZEN FÜR DIE PARTEITAKTIK

Kautskys Verhalten in der Abrüstungsdebatte wurde von seinen Kontrahenten als ein weiteres Symptom der von ihm seit der Massenstreikdebatte von 1910 vollzogenen taktischen Schwenkung im Interesse der „Ermattungsstrategie“ interpretiert.² Es war in der Tat nicht abwegig, in der Abrüstungsdiskussion eine auf andere Ebene verlegte Fortführung der jüngsten Auseinandersetzung zwischen Kautsky und Luxemburg zu sehen. Eine Ähnlichkeit zeigte sich schon im Verbalen, in dem äußerst gereizten und persönlich-aggressiven Ton. Den Invektivcharakter der zum Abrüstungsthema in der *Neuen Zeit* veröffentlichten Artikel unterstrichen Lenschs Ausfälle gegen Kautsky, den er der Anwendung von „Tricks“, „durchsichtigen Manövern“, „unwürdigen Insinuationen“ und „Mätzchen“ bezichtigte.³ In Kautskys Nomenklatur erschienen die Gegner der Abrüstungslosung als „Freunde des Masseninstinkts“, „Verehrer der reaktionären Masse“, „unsere jüngsten Jungen“ und als Verfechter des „radikalisierenden Revisionismus der Marxschen Anschauungen“.⁴ Die scharfen

die Arbeiterschaft keine Verantwortung übernehmen (Radek, Wege und Mittel im Kampfe gegen den Imperialismus, In den Reihen, S. 200). Auf die Inkonsequenz der Gedankenführung von Lensch-Radek – ein zweiseitiges Abkommen für möglich zu erklären, in einem internationalen aber einen prinzipiellen Verstoß zu sehen – wies Hilferding (Mit gesammelter Kraft, a.a.O., S. 1004) hin.

¹ Kautsky, Der erste Mai..., a.a.O., S. 109. Den Agitationscharakter der Abrüstungsforderung hat Kautsky in einem Brief an A. Henke kurz nach Ausbruch des Weltkrieges unterstrichen (27.10.1914, Nachlaß Henke, SPD-Archiv Bonn): „Ich habe nie verstanden, warum manche Genossen von der äußersten Linken sich mit solcher Vehemenz gegen diese Forderung erhoben haben... Wir Sozialdemokraten müssen doch mit einer eigenen Forderung in die Agitation für den Frieden eintreten... Ob diese Forderung durchgesetzt wird, ist wieder eine Frage für sich. Zunächst handelt es sich um die Agitation.“

² Radek, Wege und Mittel, In den Reihen, S. 205.

³ Vgl. Lensch, Eine Improvisation, a.a.O., S. 359ff. und pass.

⁴ Vgl. Kautsky, Der improvisierte Bruch, a.a.O., S. 467, 517 und pass.

Nebenklänge in Kautskys Artikel lösten selbst bei seinem engen Mitarbeiter Gustav Eckstein einige Betroffenheit aus. Als Kautskys abschließende Replik an Lensch¹ in der Redaktion der *Neuen Zeit* eintraf, schrieb Eckstein dazu: „Anfangs bin ich geradezu erschrocken. Aber dann überlegte ich, daß der Klotz [Lenschs voraufgegangener Artikel]² so grob war, daß der Keil auch nicht zu fein sein darf. Die Diskussion wurde auch schon etwas langweilig. Da bringt so ein Schuß Grobheit immerhin etwas Abwechslung in die Sache.“³ An anderer Stelle sprach Eckstein die Vermutung aus, daß nach Kautskys „Vermöbelung des Lensch“ – dem sicher die meisten Genossen „eine gründliche Abfuhr gegönnt haben“ – weder Lensch noch Pannekoek eine „Heldenrolle“ auf dem Chemnitzer Parteitag „mimen können, ... und damit dürfte diese Fronde der ganz Radikalen wol zunächst erledigt sein. Freilich, zu schaffen machen werden sie uns schon noch.“⁴

Den von den Beteiligten gewonnenen Eindruck, daß die in der Abrüstungsfrage aufgetretenen Gegensätze ihre Wurzeln in den aktuellen innerparteilichen Auseinandersetzungen hatten, umschrieb Radek folgendermaßen: „Die Tatsache, daß Kautsky den Imperialismus früher mit etwas anderen Augen ansah, und daß Genossen für seinen Standpunkt in diesen Fragen eintreten, von denen wir vortreffliche Analysen der Triebkräfte des Imperialismus besitzen,⁵ wie solche, die, ohne sich mit der Theorie abzugeben, aus rein politischen Gründen für die Abrüstung eintreten,⁶ zeigt, daß die eigentlichen Quellen der Differenz ... auf dem Gebiet der allgemeinen taktischen Differenzen zu suchen [sind], die in den letzten Jahren im Lager des deutschen Marxismus entstanden...“⁷ Die Verschiedenheit der von der äußersten Linken und dem offiziellen Radikalismus Kautskys empfohlenen taktischen Auskunftsmittel wurde hier ebenso wie in der

¹ Kautsky, Nochmals die Abrüstung, in: NZ, 30,2, S. 841-854.

² Lensch, Miliz und Abrüstung, in: NZ, a.a.O., S. 765-772.

³ Brief von Eckstein an Kautsky, 4.9.1912 (Kautsky-Archiv D X/69, IISG).

⁴ Brief von Eckstein an Kautsky, 12.9.1912 (Kautsky-Archiv D X/70). Die gereizte Stimmung, die sich im Zusammenhang mit der Abrüstungskontroverse einstellte, hatte sogar zu einem redaktionellen Verdikt geführt, wie das Nichterscheinen des Radek-Artikels „Wege und Mittel im Kampfe gegen den Imperialismus“ in der NZ zeigte. Zwar hatte Eckstein, der Radeks Artikel als „reichlich konfuß und maßlos frech“ bezeichnete, den unveränderten Abdruck zugesagt (Brief an Kautsky, 15.7.1912, Kautsky-Archiv D X/65). Doch nahm die Redaktion der NZ das zeitliche Zusammentreffen der geplanten Veröffentlichung mit dem damals beginnenden Ausschlußverfahren gegen Radek zum Vorwand, um Radeks Artikel zurückzuweisen (s. dazu die zum „Fall Radek“ im Kautsky-Archiv liegenden Briefe; dort auch die korrigierten Druckfahnen von Radeks Artikel, der am 14.9.1912 in der BBZ erschien).

⁵ Etwa Hilferding.

⁶ Hier kämen u.a. Haase und Ledebour in Betracht.

⁷ Radek, Wege und Mittel, In den Reihen, S. 202.

parallel dazu fortgesponnenen Massenstreikdebatte deutlich. Denn die „Abrüstungspolitik“, für die sich die Parteimehrheit engagierte, war nichts anderes als die spezifische Anwendung der von Kautsky propagierten Defensivtaktik. Trotz der von ihm selbst prophezeiten revolutionsschwangeren Zukunft proklamierte Kautsky: damals die „Eroberung der Staatsgewalt durch die Gewinnung der Mehrheit im Parlament“¹ als unverändertes Ziel der politischen Bewegung. Die Fixierung neuer taktischer Grundsätze, etwa die Festlegung auf die „offensive“ Taktik der Massenaktion hielt er für überflüssig, ja gefährlich. „Ausbau der Organisation, Gewinnung aller Machtpositionen, die wir aus eigener Kraft zu erobern und festzuhalten vermögen, Studium von Staat und Gesellschaft und Aufklärung der Massen“ lautete Kautskys Devise.² Dagegen forderte Pannekoek gerade im Stadium des hochentwickelten Kapitalismus Massenaktionen als notwendige Ergänzung, als „Korrektur des Parlamentarismus“³ und Radek plädierte für eine Konzentration der agitatorischen Kraft der Partei auf den außerparlamentarischen Bereich.⁴

Das Fortschreiten des innerparteilichen Differenzierungsprozesses wird durch die Abrüstungsdebatte bestätigt: Während sich die Gegensätze im Lager des Radikalismus vertieften, verwischten sich gleichzeitig die Grenzen zwischen dem „passiven Radikalismus“ Kautskys und dem offiziellen Revisionismus immer mehr. Dieser Vorgang der kräftemäßigen Klärung fand in dem Eingeständnis Pannekoeks, daß „wir [Kautsky-Pannekoek] in den wichtigen Grundfragen auseinandergeraten sind“⁵ eine für den persönlichen Bereich schmerzliche, aber unabweisbare Bestätigung. Mit Bitterkeit verzeichnete Pannekoek, daß Kautsky bei der „Beurteilung der Ausland[s]politik“ und „der Frage des Imperialismus und seiner Bekämpfung“ sich ebenso „an die Seite der Fraktion gegen uns“ stellte, wie er mit seiner Haltung „zum

¹ Kautsky, *Die neue Taktik*, in: NZ, 30,2, S. 732.

² Kautsky, *Der politische Massenstreik*, S. 281.

³ A. Pannekoek, *Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik*, in: NZ, 31,1, S. 368ff.; *Massenaktion und Revolution*, in: NZ, 30,2, S. 541; *Deckungsfrage und Imperialismus*, in: NZ, 32,1, S. 115f.

⁴ Radek sprach von der „Aushöhlung“ des Parlamentarismus, s. Radek, *Der deutsche Imperialismus*, In den Reihen, S. 147. Curt Geyer (*Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch*, Jena 1923, bes. S. 9-29) versucht in seiner Analyse des Vorkriegs-Radikalismus, der seiner Meinung nach den politischen Ausgangspunkt von den taktischen Auseinandersetzungen über die Abrüstungs- und Massenstreikfrage nahm, darzustellen, wie sehr in den hier zitierten – von Lensch, Radek und Pannekoek verfaßten – Artikeln die für den Radikalismus charakteristische metaphysische Geschichtskonstruktion und dessen mystisch-teleologische Massenlehre zum Ausdruck kommt (a.a.O., S. 14ff.).

⁵ Brief von Pannekoek an Kautsky, 14.4.1912 (Kautsky-Archiv D XVIII/416).

Liberalismus und der Aussicht auf parlamentarische Erfolge ... an die Seite des PV und der Revisionisten" getreten sei. Es war für Pannekoek „die innere Logik der Entwicklung“, daß – wer einmal auf diese Bahnen geraten war – „immer weiter auf den reformistischen Weg gedrängt" wurde und „positiven Erfolgen durch eine besondere Parlamentstatik und Abmachungen mit anderen Parteien" nachstreben mußte.¹

In der Tat zeigt die Taktik der Reichstagsfraktion beim Kampf um die Deckung der Wehrvorlage von 1913,² wie sehr sich der Orientierungsschwerpunkt der Partei nach rechts verlagert hatte. Zwar trafen die Befürchtungen Radeks, die Konsequenzen der Abrüstungstaktik könnten sich zu einer Befürwortung der imperialistischen „Weltpolitik" und ihrer Begleiterscheinungen auswachsen,³ für die Vorkriegspartei in ihrer Gesamtheit nicht zu.⁴ Doch mußte die Linke erfahren, daß nicht ihre Auffassung des Imperialismus die offizielle Parteipolitik bestimmte. Das von Kautsky verteidigte Konzept bildete die Grundlage für die Beurteilung der außenpolitischen Fragen und diente als Wegweiser für die Marschroute der Partei. Fast einstimmig verabschiedeten die Delegierten des Chemnitzer Parteitages von 1912 die Imperialismus-Resolution ihres Parteivorsitzenden Haase, in der – trotz der verbal-radikalen Verkleidung – die „gedämpfte" Kautskysche Version spürbar wurde. Dort hieß es: „Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern."⁵ Nicht nur in Chemnitz siegte Kautskys Imperialismus-Interpretation. Sie fand ebenfalls Eingang in den Grundriß jenes Referats, das Hugo Haase für die Imperialismuskonferenz auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß in Wien vorgesehen hatte.⁶ Der

¹ Pannekoek, *Marxistische Theorie...*, a.a.O., S. 274.

² S. SPD-PTP 1913, S. 146ff. (Bericht der Fraktion) und S. 450ff. (Debatte um die Dekrettaktik); s. auch Kautskys Verteidigung der angewandten Taktik: Der Parteitag, in: NZ, 31,2, S. 1001-1006.

³ Radek, *Wege und Mittel...*, In den Reihen, S. 199: Auf ähnliche Andeutungen von Lensch (Miliz und Abrüstung, a.a.O., S. 768 u. 771) reagierte Kautsky recht heftig (Nochmals die Abrüstung, a.a.O., S. 843f.). Doch Eckstein beruhigte Kautsky: „Eine bewußte Begünstigung des Imp[erialismus] wollte Ihnen Lensch gewiß ... nicht imputieren" (Brief von Eckstein an Kautsky, 4.9.1912).

⁴ Die Haltung des äußersten rechten Flügels und sein Einfluß auf die Stellungnahmen der Gesamtpartei dürfen allerdings nicht unterschätzt werden, s. dazu: A. Ascher, *Imperialists within German Social Democracy prior to 1914*, in: *Journal of Central European Affairs*, Vol. 20 (1960-61), S. 397-422.

⁵ SPD-PTP 1912, S. 529.

⁶ S. Hugo Haase. *Sein Leben und Wirken*, mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, hrsg. von Ernst Haase, Berlin-Frohnau 1929, S. 217-218 („Imperialismus und

Ausbruch des Weltkrieges ließ es nicht dazu kommen, daß auch von der Internationale eine dem Kautskyschen Gedanken entsprechende Variante gefunden wurde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Abrüstungsdiskussion einen guten Eindruck von Entwicklung und Wandel der deutschen Sozialdemokratie an der Schwelle des Ersten Weltkrieges vermittelt. Als sich die sozialdemokratischen Parlamentarier für die Eindämmung des internationalen Wettrüstens auf dem Wege von Abrüstungsverhandlungen einsetzten, fand dieser Schritt eine zweigeteilte Resonanz in der Partei. Die Linksradikalen, die ihre Sprecher in Lensch, Radek und Pannekoek hatten, lehnten die Forderung nach Rüstungsbeschränkung und schiedsgerichtlichem Austrag internationaler Konflikte als eine mit dem Wesen des Imperialismus unvereinbare und der aktuellen mächtropolitischen Konstellation inadäquate Antwort ab. Sie sahen in den parlamentarischen Bestrebungen, die unternommen wurden, ein weiteres Symptom jener Taktik von Parteiführung und Reichstagsfraktion, die den Schwerpunkt auf den politischen Kampf im Parlament legten. Aus der theoretischen Gewißheit unmittelbar bevorstehender revolutionärer Erschütterungen verlangten sie eine Abkehr vom Immobilismus der Parteiinstanzen und plädierten für eine Aktivierung der Massen.¹

Für Kautsky waren die Versuche, die auf eine Verständigung der Mächte zur Rüstungsbeschränkung abzielten, sowohl ideologisch vertretbar wie politisch praktikabel. Die bisher von der Sozialdemokratie begangenen Pfade zur Verhinderung von Kriegen – vor allem die Propaganda für die Miliz – hielt Kautsky im Stadium hochentwickelter Militärtechnik für unzureichend; angesichts der

Schiedsgericht. Grundzüge für das Referat auf dem geplanten Internationalen Sozialistenkongreß in Wien 1914“): „...Einig im Kampf gegen das stehende Heer und den Militarismus wendet sie [die Internationale] sich mit flammender Leidenschaft gegen den völkerverderbenden Wahnsinn des Wettrüstens, und unablässig tritt sie für eine gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen ein... Der Imperialismus ist eine spezifische Phase in der Entwicklung des Kapitalismus und kann nur mit diesem selbst überwunden werden. Aber die mit ihm verbundenen Gefahren für die Freiheit und Wohlfahrt der Völker können sehr wohl durch die Wachsamkeit und die Energie der arbeitenden Klassen gemildert und verringert werden.“ – G. Haupt (*Le Congrès Manqué, L'Internationale à la Veille de la Première Guerre Mondiale*, Paris 1965, S. 76f.) verweist auf die enge Verknüpfung der hier von Haase skizzierten Thesen mit der auf dem Chemnitzer Parteitag angenommenen Imperialismus-Resolution.

¹ An der Frage der Massenaktion schieden sich z.B. die Wege von Kautsky und K. Liebknecht. Letzterer hatte auf dem Chemnitzer Parteitag die Imperialismus-Definition von Lensch-Radek-Pannekoek zurückgewiesen und die Abrüstung für möglich erklärt. Im Gegensatz zu Kautsky forderte er aber die Bekämpfung des Imperialismus durch Anwendung aller Mittel des Klassenkampfes einschließlich der Massenaktionen, vgl. SPD-PTP 1912, S. 427; SPD-PTP 1911, S. 350.

verschärften Flottenrüstungen und der Gefahr eines Seekrieges zwischen Deutschland und England erschien ihm der Appell an die allgemeine Volksbewaffnung als eine stumpfe Waffe.

Dem von Kautsky mit großem theoretischen Aufwand seit 1912 verfochtenen Abrüstungsgedanken lag die Hoffnung zugrunde, daß eine Reduzierung der Rüstungen den kriegerischen Zusammenstoß wenigstens für die nahe Zukunft hinausschieben werde – bis das internationale Proletariat zum friedensbestimmenden Faktor angewachsen sei. Nach der auch von den maßgeblichen Parteiführern geteilten Überzeugung standen Gewalt und Kapitalismus in keinem funktionalen Verhältnis zueinander. Von der Unterscheidung eines unveränderlichen kapitalistischen „Kerns“ und einer entbehrlichen „gewaltsamen Verschalung“, erhielt die Abrüstungsforderung ihr theoretisches Fundament. Die Beseitigung des selbst dem kapitalistischen Interesse zuwiderlaufenden Wettrüstens war in der Sicht Kautskys eine entscheidende Etappe auf dem Weg zum ökonomischen Fortschritt. Die Befürwortung dieser Politik nahm zugleich den allgemeinen Friedenswillen der Arbeiterschaft in sich auf.

In der Abrüstungsdebatte kommt der Wandel der Partei in ihrer Haltung zum Kriege deutlich zum Ausdruck. Er läßt sich in hohem Maße für Kautsky nachweisen. Das sichtbare Einschwenken in bürgerlich-pazifistische Vorstellungen ist von revisionistischer Seite auf folgende zutreffende Formel gebracht worden: Indem die Sozialdemokratie von der bürgerlichen Gesellschaft eine friedlich-schiedliche Beilegung der internationalen Streitigkeiten verlangt, nimmt sie an, daß das ethische Postulat stärker wirken könne als die materiellen Triebkräfte.¹

Über die geringen Aussichten auf ein Gelingen der Ausgleichsbemühungen tröstete sich Kautsky mit der optimistischen Zuversicht hinweg, daß sich die propagandistischen Rückwirkungen der Abrüstungsagitation als ein neuer Kraftquell für die Partei und ihre kontinuierliche Fortentwicklung erweisen würden. Die Abrüstungstaktik entsprach dem von Kautsky verkörperten Grundsatz, der die politische Bewegung auf den parlamentarisch-legalen Bereich fixierte und unberechenbare „offensive“ Vorstöße in nicht-vertraute Aktionsfelder ablehnte. Damit zeigte sich die Abrüstungslosung auch als brauchbares Instrument der allgemeinen Parteistabilisierung. Die äußerste Linke, die diese Taktik für unzureichend hielt oder sie vollständig ablehnte, war genötigt, sich von den Verfechtern dieses Prinzips zu distanzieren. So kam der Debatte die Funktion eines Katalysators zu: Sie wirkte einerseits als Element der Integrierung, andererseits förderte sie den Prozeß der innerparteilichen Differenzierung.

¹ Edmund Fischer, Krieg und Sozialdemokratie, in: SM, 19,2 (1913), S. 607-608.